



SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag 2014

Beschlüsse

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

<u>Antrag:</u>	EU 1
<u>Antragsteller:</u>	SPD-Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	S&D-Fraktion im Europäischen Parlament SPD-Parteivorstand
<u>Betr.:</u>	Das Friedensprojekt Europa: Region der Versöhnung, der Chancen und der Solidarität

Der Bezirksparteitag beschloss:

Das Friedensprojekt Europa:
Region der Versöhnung, der Chancen und der Solidarität

Im Gedenkjahr 2014 - 100 Jahre nach Beginn des ersten, 75 Jahre nach Beginn des zweiten Weltkriegs und 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer - ist Stabilität in Europa für uns zur Selbstverständlichkeit geworden. Diese Stabilität nahm ihren Anfang als erbitterte Kriegsgegner sich die Hand reichten. Deutschland wurde eingebunden in ein historisches Projekt, die europäische Integration. Aus Feinden waren Partner geworden. In Brüssel wurde nicht mehr übereinander geredet, sondern miteinander.

Erfolgsgeschichte Europa

Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt für alle Europäer. Am 9. Mai 1960 hat Robert Schuman den entscheidenden Impuls für den seit nunmehr fast sieben Jahrzehnte andauernden Frieden auf unserem Kontinent geliefert. Er hat vorgeschlagen, dass Deutschland und Frankreich ihre Kohle- und Stahlproduktion unter einer gemeinsamen Aufsichtsbehörde zusammenführen, mit dem Ziel, die Wirtschaft in Europa wiederaufzubauen und einen weiteren Krieg auf unserem Kontinent durch die enge wirtschaftliche Verflechtung beider Länder unmöglich zu machen. Italien, Belgien, die Niederlanden und Luxemburg haben sich dem deutsch-französischen Projekt angeschlossen. So ist damals die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl entstanden – und mit ihr der erste Binnenmarkt innerhalb der EU.

Seit seiner Vollendung 1992 ist der EU-Binnenmarkt durch den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen innerhalb der EU gekennzeichnet. Seitdem profitieren Menschen in ganz Europa von dem gemeinsamen Binnenmarkt.

- **Zuwachs an Wohlstand**

Der gemeinsame Binnenmarkt hat einen noch nie da gewesenen Zuwachs an Wohlstand mit sich gebracht. Jahr für Jahr lassen sich die wirtschaftlichen Vorteile anhand des Anstiegs des europäischen Bruttoinlandsprodukts messen.

- **Freizügigkeit**

Dank des Schengener Abkommens sind Pass- und Grenzkontrollen für EU-Bürger innerhalb der EU Geschichte geworden. Mehr als 15 Millionen Europäerinnen und

37 Europäer arbeiten mittlerweile in anderen EU-Ländern oder verbringen dort ihren
38 Ruhestand, und profitieren dabei von der Übertragbarkeit der
39 Sozialversicherungsansprüche. Das Erasmus-Programm ermöglicht es 1,5 Millionen
40 jungen Menschen einen Teil ihres Studiums in einem anderen Mitgliedstaat zu
41 absolvieren.

- 42
- 43 • **Stärkeres Verbraucherschutzniveau**
44 Alle EU-Bürger profitieren beim Einkauf im Ausland von denselben gemeinsamen
45 europäischen Verbraucherrechten.
46

47

48 **Verunsichertes Europa**

49
50 Das Friedens- und Wohlstandsprojekt Europa steht heute vor einer Zerreißprobe. "Brüssel" wird
51 als intransparent und undemokratisch empfunden, die Entscheidungen auf europäischer Ebene
52 als bürokratisch und kompliziert. Wenn von Europa die Rede ist, dann immer weniger im
53 Zusammenhang von Frieden und Verständigung, sondern mit Begriffen der
54 Finanzmarktökonomie. Diese Wahrnehmung droht die eigentliche Idee der europäischen
55 Einigung - der Versöhnung und der gemeinsamen Problemlösung - in den Hintergrund zu
56 drängen.
57

58 Die Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre hat in ganz Europa für Verunsicherung
59 gesorgt und sich zu einer Vertrauenskrise entwickelt. Kann die Erfolgsgeschichte
60 fortgeschrieben werden? Werden es meine Kinder einmal besser haben als ich? Unsicherheit
61 ist der fruchtbare Boden, auf dem Vorurteile gedeihen. Deshalb ist der Aufstieg der
62 Rechtspopulisten in ganz Europa symptomatisch für diesen Vertrauensverlust. Das zeigt auch,
63 es ist gefährlich, zu glauben, dass Frieden wie Strom aus der Steckdose kommt.
64

65 In Deutschland und anderen wirtschaftlich stärkeren Teilen Europas fragt sich die Bevölkerung,
66 warum das Geld der nationalen Steuerzahler für Fehlentwicklungen in Griechenland, Spanien
67 oder Irland verwendet werden sollte. Dort wiederum spricht man vom „Diktat aus Berlin“ und
68 leidet an der rigorosen Sparpolitik. Auf komplexe Probleme reagieren populistische Parteien wie
69 „Front National“ in Frankreich mit einfachen Lösungen: weniger Europa, raus aus dem Euro,
70 Rückzug in die eigenen nationalen Grenzen. Damit stellen sie das Prinzip in Frage, auf dem die
71 europäische Erfolgsgeschichte gebaut wurde: die enge Zusammenarbeit.
72

73

74 **Wendepunkt Europawahl - für eine sozialdemokratische EU**

75
76 Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Konstruktionsfehler der Europäischen Union
77 offengelegt. Die Europawahl 2014 hat das Potential, einen Wendepunkt darzustellen. Zum
78 ersten Mal treten die Parteienfamilien mit gesamteuropäischen Spitzenkandidaten an, die für
79 klar unterscheidbare politische Programme werben.
80

81 Die Europawahl ist der Anlass, offen und ehrlich über die Zukunft Europas zu diskutieren. Das
82 heißt auch, deutliche Kritik zu üben. Gleichzeitig steht für die SPD fest: Zu einem starken und
83 geeinten Europa gibt es keine Alternative. Kernbestandteile der europäischen Einigung werden
84 mit den Sozialdemokraten nicht angetastet - dazu gehören beispielsweise die Freizügigkeit und
85 die gemeinsame Währung. Eine sozialdemokratische Antwort packt die Krise bei den Wurzeln
86 und schlägt einen neuen Weg aus der Krise ein: statt Austeritätspolitik nachhaltige
87 Wachstumsinvestitionen für mehr Beschäftigung, Wohlstand und soziale Sicherheit:
88

- 89 • Mit der Europäischen Bürgerinitiative rückt die EU näher an die Bürgerinnen und Bürger
90 heran. Fast zwei Millionen Unterschriften für die Initiative "Right2Water" sorgten
91 beispielsweise zuletzt dafür, dass die Wasserversorgung aus der EU-

92 Konzessionsrichtlinie herausgenommen wurde. Beteiligung und Mitbestimmung müssen
93 weiter gestärkt werden.
94

- 95 • Aufgaben müssen dort gelöst werden, wo sie am besten zu bewältigen sind. Dafür
96 brauchen Städte, Kommunen und Länder Unterstützung und Mitsprache - von einer
97 besseren Beteiligung an europäischen Entscheidungen bis zur stärkeren Förderung
98 kommunaler Partnerschaften und strukturschwacher Städte und ländlicher Gebiete.
99
- 100 • Nationale, regionale und lokale Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge
101 müssen erhalten und geschützt werden - von der Wasser- und Energieversorgung bis
102 zum Gesundheitsbereich. Es muss gelten: Die Kommunen entscheiden, wie sie diese
103 Aufgaben erfüllen. Allen Privatisierungsbestrebungen stellen wir uns entgegen.
104
- 105 • Soziale Grundrechte dürfen den Marktfreiheiten im Binnenmarkt nicht untergeordnet
106 sein. Lohn- und Sozialdumping durch Unternehmen ebenso wie Staaten darf in Europa
107 kein Raum gegeben werden. Wir setzen uns für einen Europäischen Pakt für
108 Mindestlöhne ein, der Korridore für existenzsichernde Mindestlöhne gemessen am
109 jeweiligen Durchschnittseinkommen in allen EU- Mitgliedsstaaten festlegt.
110
- 111 • Es wird nicht gelingen, Europa zurück auf die Erfolgsspur zu führen, wenn weiterhin
112 Millionen Jugendliche ohne Job und ohne berufliche Perspektive dastehen. Die
113 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist deswegen eine ganz wichtige Priorität für uns
114 Sozialdemokraten. Die vereinbarten Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit müssen zügig
115 in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung stehen und nötigenfalls aufgestockt werden.
116 Die Jugendgarantie muss rasch umgesetzt werden - sie sieht vor, dass jeder arbeitslose
117 Jugendliche unter 25 Jahren binnen vier Monaten ein Angebot für einen Job, eine
118 Ausbildung oder eine Weiterbildung erhält.
119
- 120 • Nie wieder dürfen Banken ganze Staaten gefährden. Dafür braucht es strenge
121 Eigenkapitalvorschriften, eine wirksame Aufsicht, die Finanztransaktionssteuer und
122 strikte Regeln für Rating-Agenturen. Der Anfang ist gemacht.
123
- 124 • Steuern ermöglichen wichtige öffentliche Ausgaben und sind damit die Grundlage für
125 soziale Gerechtigkeit. Über eine Billionen Euro gehen allen Europäerinnen und
126 Europäern jährlich durch Steuerbetrug und -vermeidung verloren. Deswegen müssen wir
127 dem Wettlauf zwischen den Mitgliedstaaten um die niedrigste Unternehmenssteuer
128 durch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer einen
129 Riegel vorschieben und eine schwarze Liste von Steueroasen veröffentlichen.
130
- 131 • Europa muss die Daten von allen Bürgerinnen und Bürgern selbstbewusst verteidigen -
132 insbesondere gegenüber den USA.
133
- 134 • Wir stehen für eine Flüchtlingspolitik, die Grundrechte und Menschenwürde vor
135 Abschottung stellt. Parallel zum Ausbau der Regelungen zum Flüchtlingsschutz muss
136 die Bekämpfung von Fluchtursachen noch stärker in den Mittelpunkt nationaler und
137 europäischer Entwicklungszusammenarbeit rücken.
138
139

140 **Die Idee "Europa" wiederentdecken**

141
142 Diese Neuausrichtung ermöglicht erst, dass der Blick wieder frei wird auf die Idee "Europa":

- 143 ➤ Auf die Chancen für kleine und mittlere Betriebe, die 86,8 Millionen Menschen
144 beschäftigen;
- 145
- 146 ➤ auf sichere Produkte für Verbraucherinnen und Verbraucher;
- 147

- 148
149
150
151
152
153
154
155
156
- auf Freundschaften, die über Grenzen hinweg beispielsweise während eines Erasmus-Auslandsstudiums entstanden sind;
 - auf die Vorbildfunktion, die unsere rechtsstaatliche, demokratische und solidarische Verfasstheit für andere Regionen der Welt hat;
 - darauf, dass die EU und die engen Kontakte, die sie ermöglicht, Europas Immunsystem sind gegen den Krieg.

157 Gemeinsame Entscheidungen sind die Lösung und nicht das Problem!
158

159 **Rußland-Ukraine-Konflikt**

161
162 Besorgt blicken wir auf die dramatische Situation in der Ukraine. Der klar völkerrechtswidrigen
163 Annexion der Krim durch Russland folgt eine bedrohliche Destabilisierung des Landes mit
164 ungewissem Ausgang. Wir setzen weiter auf politische Verhandlungen mit Vernunft,
165 Entschiedenheit und Augenmaß. Und wir setzen auf eine selbstbewusste Europäische Union,
166 die mit einer Stimme spricht und solidarisch füreinander einsteht. Die derzeitige Lage begreifen
167 wir als Weckruf, noch energischer für ein friedliches Europa einzutreten und weiter an einer
168 Gemeinsam Außen- und Sicherheitspolitik zu arbeiten, nur so wird die EU ernst genommen und
169 vermag im globalen Maßstab Einfluss zu nehmen. Überfällig ist in der EU eine engere
170 Kooperation auch in der Energiepolitik, die auf Versorgungssicherheit, Effizienz und
171 Nachhaltigkeit setzt. Für uns steht fest: Die Ukraine gehört zu Europa, aber ohne den Zwang,
172 sich für die eine oder andere Seite entscheiden zu müssen.
173

- 174
175
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: EU 2

Antragsteller: AfA-Bezirkskonferenz

Adressat: S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Für eine soziale Europäische Union

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Sozialdemokraten haben sich immer zur europäischen Integration bekannt und halten an dem
2 Ziel des geeinten Europa fest. Die EU-Erweiterung, mit der die Spaltung Europas überwunden
3 wurde, ist dabei ein weiterer wichtiger Schritt. Die EU in ihren neuen Grenzen sichert Frieden,
4 Demokratie und Bürgerrechte wie nie zuvor in der Geschichte Europas. Die neuen Märkte
5 eröffnen für Industrie und Handel der neuen wie der alten EU-Länder neue Perspektiven und
6 bieten die Chance für weiteres wirtschaftliches Wachstum.
7
- 8 Europa befindet sich in einer, ökonomischen, sozialen und politischen Krise. Die EU kämpft mit
9 Wachstums- und Arbeitsmarktproblemen. Hinzu kommen soziale Krisenerscheinungen. Europa
10 ist bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit insgesamt nicht entscheidend
11 vorangekommen. Alle Länder der Europäischen Union leiden an den Folgeproblemen fehlender
12 Arbeitsplätze. Die ökonomischen und sozialen Krisenerscheinungen weiten sich zu einer
13 politischen Krise Europas aus. Es existiert kein gemeinsames Leitbild der zukünftigen
14 Entwicklung.
15
- 16 Es ist an der Zeit, eine grundlegende Debatte über die Zukunft Europas zu führen und die
17 Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen, um so einen neuen
18 Konsens über die künftige Entwicklung der Union herbeizuführen.
19
- 20 Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass angesichts der fehlenden sozialen Dimension Bürger,
21 insbesondere in den alten EU-Ländern, verunsichert sind. In Zeiten großer struktureller
22 Umbrüche in allen Mitgliedstaaten der EU fragen sich die Menschen: Wo ist das Soziale an
23 Europa? Wo ist die ausgleichende Balance gegenüber den stürmisch voranschreitenden
24 Prozessen der Marktöffnung und des weltweiten Wettbewerbs?
25
- 26 Als SPD fordern wir daher, dass mit der Erweiterung der EU die soziale Dimension Europas
27 nicht in die Defensive geraten darf. Das Lohngefälle zwischen den alten und neuen
28 Mitgliedstaaten und die großen Unterschiede in den Standards des sozialen Schutzes haben
29 den ohnehin starken Standortwettbewerb, dem sich Betriebe und Belegschaften in Deutschland
30 ausgesetzt sehen, weiter verschärft. Es wird eine Spirale nach unten in Gang gesetzt, anstatt
31 die Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in der EU auf den jeweils
32 höchsten Schutzniveaus anzustreben.
33
- 34 Die EU darf nicht auf Marktintegration allein beruhen. Wir brauchen einen europäischen
35 Verfassungsvertrag, der die politische und soziale Dimension der EU stärkt. Wir wollen eine
36 neue Initiative für die Verfassung und als ersten Schritt mindestens die rechtsverbindliche
37 Aufnahme der Grundrechtecharta in die Verträge. Als Ziele der Union müssen insbesondere die
38 Vollbeschäftigung, die soziale Marktwirtschaft, die Verbesserung der Umweltqualität, die soziale

39 Gerechtigkeit und der soziale Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, sowie
40 Frieden und globale nachhaltige Entwicklung in die die Verträge aufgenommen werden.

41
42 Wir wollen ein Europa mit sozialem Antlitz. Unsere Forderungen nach Wahrung und Ausbau
43 des europäischen Sozialmodells sind programmatischer Gegenentwurf zur herrschenden
44 Europa-Ideologie der Marktradikalen. Die Kernforderungen sind:

- 45
- 46 1. Für ein soziales Europa, in dem demokratische und sozialstaatliche Prinzipien Vorrang vor
47 der Marktintegration haben.
- 48 2. Eine europäische Politik für mehr und bessere Arbeitsplätze durch eine nachhaltige
49 Wachstumsstrategie sowie flächendeckende Mindestlöhne.
- 50 3. Wirksame Maßnahmen gegen einen Unterbietungswettbewerb bei Löhnen,
51 Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherung und Steuern.
- 52 4. Initiativen zur Harmonisierung der europäischen Unternehmenssteuern, um die finanziellen
53 Grundlagen staatlicher Handlungsfähigkeit zu erhalten.
- 54 5. Schutz der Daseinsvorsorge als unverzichtbares Element des europäischen Sozialmodells.
- 55 6. Stärkung der Mitbestimmungsrechte und Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
56 in europäischen Betrieben und Unternehmen.
- 57 7. Europaweit Regelungen zur Anerkennung von Berufs- und Schulabschlüssen

58
59 Wir wollen eine Neuausrichtung der europäischen Politik auf qualitatives Wachstum und die
60 Abkehr von reinen Strukturreformen. Qualitatives Wachstum bedeutet ökologisch und sozial
61 nachhaltiges Wachstum. Es bedeutet nicht nur mehr, sondern bessere Arbeitsplätze. Es
62 bedeutet mehr Lebensqualität, die sozial abgesichert ist.

63
64 Um dies zu erreichen, sind uns als SPD Maßnahmen in folgenden Bereichen besonders
65 wichtig:

66 67 **a) Finanz- und Geldpolitik, wirtschaftspolitische Koordinierung**

68
69 Die globalen Finanzmärkte müssen endlich reguliert werden, damit sie wieder einen Beitrag zur
70 langfristigen Stärkung der Wirtschaft leisten. Regulierende Eingriffe sind vor allem auf der
71 europäischen Ebene möglich, da auf der globalen Ebene keine geeigneten Strukturen
72 existieren.

73
74 Eine Strategie gegen eine kurzfristige Standortlogik und daraus resultierende
75 Steuersenkungswettläufe ist nur europäisch denkbar. Für die Besteuerung von Unternehmen
76 muss eine europäisch einheitliche Bemessungsgrundlage entwickelt werden und zumindest in
77 der Währungsunion gemeinsame Mindestsätze festgelegt werden. Bei Kapitalgesellschaften,
78 die ohnehin europäisch agieren, ist mittelfristig eine Besteuerung durch die EU selbst sinnvoll,
79 da dies die direkten Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten reduzieren würde und eine
80 Finanzierung europäischer Aufgaben dort erfolgt, wo europäische Unternehmen Gewinne
81 machen.

82
83 Nötig ist auch die Neuausrichtung der EZB-Politik: Neben der Geldwertstabilität muss sie
84 verstärkt auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet werden. In der Wirtschaftspolitik muss
85 eine makroökonomische Koordinierung mit dem Ziel nachhaltigen Wachstums und der
86 Beschäftigungsförderung erreicht werden.

87 88 **b) Binnenmarkt**

89
90 Der europäische Binnenmarkt mit gemeinsamer Währung bietet deutschen Unternehmen große
91 Chancen. Wir wollen, dass dabei die Verbindung von nachhaltigem Wachstum, sozialem
92 Ausgleich und der Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbunden werden.

93

94 Statt bei Umstrukturierungen von deutschen und europäischen Unternehmen auf kurzfristige
95 Kosteneinsparungen und damit verbunden Arbeitsplatzabbau zu schielen, fordern wir eine
96 solidarische Strategie, die ein Ausspielen der Arbeitnehmer an unterschiedlichen Standorten
97 gegeneinander verhindert und zur Beschäftigungssicherung gemeinsame Ansätze zur
98 Produktivitätssteigerung durch Innovation und Qualifizierung entwickelt.

99
100 Die europäische Wirtschaft muss im globalen Wettbewerb auf eine Qualitätsstrategie setzen –
101 ein Unterbietungswettbewerb bei Preisen, Standards und Löhnen ist weder akzeptabel noch
102 Erfolg versprechend. Daher wird Bildung an Bedeutung gewinnen, daher müssen die
103 entsprechenden Ressourcen der EU hierfür zur Verfügung gestellt werden. Dabei bedeutet
104 Bildung nicht nur schulische und Hochschulbildung, sondern vor allem auch vorschulische und
105 berufliche Bildung. Neben der Ausbildung muss lebensbegleitende Weiterbildung sicherstellen,
106 dass die erworbenen Kompetenzen mit technologischem und organisatorischem Wandel in
107 Wirtschaft und Arbeitswelt Schritt halten.

108 Um das bewährten System der deutschen Berufsbildung nicht zu gefährden, sind europäische
109 Verabredungen über Systeme und Verfahren, die einen wirksamen Beitrag zur Sicherung und
110 Steigerung der Qualität der Berufsbildung erbringen können, erforderlich.

111
112 Qualitativ hochwertige Dienstleistungen gehören zum europäischen Sozial- und
113 Wohlstandsmodell. Und ihre Bedeutung wächst zunehmend – nicht zuletzt im Gesundheits- und
114 Pflegebereich aufgrund der Alterung unserer Gesellschaften. Soziale Dienstleistungen, ob
115 privat oder öffentlich erbracht, unterscheiden sich grundlegend von anderen Dienstleistungen
116 am Binnenmarkt dadurch, dass sie auf dem Solidaritätsprinzip beruhen, auf die Bedürfnisse des
117 Einzelnen zugeschnitten sind und in Erfüllung des Grundrechtes auf sozialen Schutz zum
118 sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft beitragen. Ein regulierter europäischer Binnenmarkt
119 für Dienstleistungen bleibt daher eine wichtige Aufgabe. Die Schutzrechte der
120 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht angetastet werden, in allen sozial- und
121 arbeitsrechtlichen Fragen muss statt des Herkunftslandprinzips das Erbringungslandprinzip
122 gelten. Bei der Kontrollverantwortung darf nicht in nationale Rechte eingegriffen werden.

123 124 **c) Europäische Sozialpolitik**

125
126 Globalisierung und Wirtschaftswandel produzieren nicht nur Gewinner. Daher erfordert der
127 wirtschaftliche Wandel ebenfalls eine soziale Gestaltung. Sozialer Ausgleich muss auch in
128 Zukunft Kennzeichen des europäischen Sozialmodells sein. Die Sozialpolitik muss als
129 eigenständiges Handlungsfeld auf europäischer Ebene gestärkt werden und zwar durch eine
130 aktive Politik

- 131 - zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung unter besonderer Berücksichtigung
132 neuer Armutsriskiken,
- 133 - die Vertiefung des Erfahrungsaustauschs über Reformstrategien in der sozialen Sicherung
134 mit dem Ziel, den Erhalt ihrer sozialen Funktion mit der nachhaltigen Sicherung ihrer
135 Finanzierungsgrundlagen in Einklang zu bringen,
- 136 - der Durchsetzung sozialer Mindeststandards zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und
137 Arbeitnehmer und zur Wahrung ihrer Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte sowie die der
138 betrieblichen Interessenvertretungen.

139
140 Bestehende Richtlinien bedürfen der Überprüfung mit dem Ziel der Anhebung des
141 Schutzniveaus. Dies betrifft z. B. die EU-Richtlinie zur Gestaltung der Arbeitszeit, zur
142 Arbeitnehmerentsendung und die Europäische Betriebsratsrichtlinie. Ebenso ist eine EU-weite
143 Regelung der Arbeitsbedingungen von Leiharbeitskräften vordringlich, die den
144 Gleichbehandlungsgrundsatz mit den Beschäftigten des Einsatzbetriebes durchsetzt.

145
146 Wir fordern, dass dabei die sozialen Grundrechte in der zukünftigen EU-Verfassung als
147 Orientierung dienen. Ausgehend davon sollte ein sozialpolitisches Aktionsprogramm sowohl die
148 Überprüfung bestehender Richtlinien mit dem Ziel der Anhebung des Schutzniveaus als auch

149 neue Vorschläge für die Sozialgesetzgebung beinhalten. Die Rechte von Menschen mit
150 Behinderungen müssen europaweit gleichgestellt werden.

151
152

153 **d) Arbeitsmarktpolitik**

154
155 In der Arbeitsmarktpolitik wollen wir die positiven Ansätze präventiver und aktiver
156 Arbeitsmarktpolitik in den EU-Beschäftigungsleitlinien wieder in den Vordergrund gerückt
157 wissen. Mit Strukturreformen am Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungssystemen allein
158 wird die Arbeitslosigkeit nicht nachhaltig verringert werden können. Wir fordern daher

- 159 - die Verstärkung aktiver und präventiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, insbesondere
160 für Jugendliche, Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitnehmer und Frauen,
- 161 - den Ausbau der beruflichen Aus- und Weiterbildung als lebenslanger Prozess, um
162 veränderten Arbeitsanforderungen gewachsen zu sein,
- 163 - die Verbesserung der Qualität der Arbeit als Voraussetzung für einen längeren Verbleib im
164 Erwerbsleben und die Vermeidung von vorzeitigem Ausscheiden,
- 165 - Maßnahmen zum Abbau geschlechtsspezifischer Benachteiligungen am Arbeitsmarkt.

166

167 **e) Tarifpolitik, Mitbestimmung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

168

169 Die Gewerkschaften haben in einigen Sektoren wie auch auf sektorübergreifender Ebene eine
170 Koordination der Tarifpolitik vereinbart, indem sie verabredet haben, dass Tarifabschlüsse
171 mindestens dem Produktionszuwachs plus der Inflationsrate entsprechen sollen, um eine
172 Unterbietungskonkurrenz zwischen den europäischen Ländern zu verhindern und die
173 Binnennachfrage im europäischen Markt zu sichern. Diese Koordinierung begrüßen wir, sie
174 muss in der Praxis noch verstärkt werden.

175

176 Neben der Koordinierung der europäischen Tarifpolitik muss die Teilhabe von Arbeitnehmern in
177 den europäischen Unternehmen gestärkt werden. Dazu sollen die Gewerkschaften das
178 Instrument der Europäischen Betriebsräte (EBR) noch stärker nutzen. Eine Revision der EBR-
179 Richtlinie hinsichtlich besserer Arbeitsmöglichkeiten der Eurobetriebsräte und eines Ausbaus
180 der Mitwirkungsrechte wird erforderlich sein.

181

182 Auch auf der Ebene der Unternehmensmitbestimmung geht es darum, die Teilhaberechte der
183 Arbeitnehmer zu europäisieren. Dies gilt für europäische Unternehmensformen wie die bereits
184 existierende Europäische Aktiengesellschaft (SE), aber auch für Unternehmen die sich durch
185 Fusionen oder Sitzverlagerungen europäisieren.

186

187

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: EU 03

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Werra-Meißner

Adressat: Fraktion der S&D, Deutsche Delegation,
SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord,
SPD-Europakandidatin Martina Werner

Betr.: Europa neu denken heißt Europa sozialer und besser gestalten

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die Europawahl 2014 ist keine gewöhnliche. Europa hat teils massiv an Vertrauen verloren.
- 3 Unser Ziel ist deshalb: Ein anderes, besseres Europa. Dafür brauchen wir neue Mehrheiten im
- 4 Europäischen Parlament. Und einen anderen Kurs an der Spitze der EU-Kommission.
- 5 Zusammen mit Martin Schulz als Spitzenkandidaten aller europäischen Sozialdemokraten
- 6 haben wir die Chance, das zu schaffen.
- 7
- 8 Ein anderes, besseres Europa heißt vor allem:
- 9
- 10 1. Ein Europa, das wirtschaftlich dynamisch ist und in die Zukunft investiert, welches
- 11 Wachstum mit Gerechtigkeit verbindet.
- 12
- 13 2. Ein Europa, das gute Jobs schafft und faire Löhne sichert; durch einen Pakt für
- 14 Mindestlöhne.
- 15
- 16 3. Ein Europa, das die Jugendarbeitslosigkeit in den nächsten fünf Jahren deutlich
- 17 reduziert. Und vor allem in Bildung und Ausbildung investiert.
- 18
- 19 4. Ein Europa, das unsere gemeinsame Währung stärkt. Damit wir im globalen Wettbewerb
- 20 unseren Wohlstand verteidigen.
- 21
- 22 5. Ein Europa, das Steuerhinterziehung und Steuerbetrug endlich entschieden bekämpft.
- 23 Und die Bürgerinnen und Bürger vor der Zockerei von Banken und Spekulanten besser
- 24 schützt.
- 25
- 26 6. Ein Europa, das beim Klima- und Umweltschutz wieder Weltspitze ist. Indem es auf
- 27 erneuerbare Energien setzt.
- 28
- 29 7. Ein Europa, das die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärkt und
- 30 persönliche Daten schützt.
- 31
- 32 8. Ein Europa, das mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung wagt und die EU-Bürokratie
- 33 in die Schranken weist.
- 34

35 9. Ein Europa, das Vielfalt respektiert und nur regelt, was nicht besser auf lokaler,
36 regionaler oder staatlicher Ebene entschieden werden kann.

37
38 10. Ein Europa, das seine Grundidee von Frieden, sozialer Sicherheit und Wohlstand
39 erneuert. Und diese Werte gegenüber den anderen Weltregionen behauptet.
40

41 42 **Europa für Hessen**

43
44 Gerade für unser Bundesland Hessen ist die Europawahl 2014 wichtig.

45 46 **I. Ein starkes Hessen braucht ein starkes Europa**

47
48 Die Menschen in Hessen profitieren von der Europäischen Union. Die auf die globalen Märkte
49 ausgerichtete Wirtschaft des Landes wäre ohne Europa weniger stark. 40 Prozent der
50 Arbeitsplätze in Hessen hängen vom wirtschaftlichen Austausch mit den europäischen Partnern
51 ab.

52 Die marktradikal-konservative Politik der vergangenen Jahre hat die Krise in Europa verschärft.
53 Deutschland ist keine Insel der Glückseligen inmitten eines Meeres von Krisenstaaten. Das sich
54 abschwächende Wirtschaftswachstum zeigt, dass wir umsteuern müssen, wenn Europa eine
55 Erfolgsgeschichte für Hessen bleiben soll. Die ökonomischen Beziehungen in der Europäischen
56 Union sind so eng miteinander verflochten, dass es uns nur dann dauerhaft gut gehen kann,
57 wenn es auch Europa gut geht.

58 Es lohnt sich, für ein starkes und gerechtes Europa zu streiten. Hessen kann nur mit – und nicht
59 gegen – Europa erfolgreich sein. Rückfälle in die nationale Eigenbrötlerei oder die
60 Aufkündigung der Solidarität, wie sie den Menschen von Populisten in und rechts der Union
61 versprochen werden, sind in Wahrheit eine ernste Gefahr für Arbeitsplätze und den sozialen
62 Frieden auch in unserem Bundesland.

63 Die hessische SPD denkt traditionell international und hat mit dem Staatsminister für Europa im
64 Auswärtigen Amt und mit dem Vorsitzenden der SPD-Delegation im Europaparlament wichtige
65 Europapolitiker in ihren Reihen. Diese starke europapolitische Aufstellung werden wir nutzen,
66 um in den kommenden Jahren regelmäßig Impulse für ein starkes Hessen in einem
67 erfolgreichen und sozial gerechten Europa zu setzen.
68

69 **II. Ein sozialeres und gerechteres Europa nutzt allen**

70
71 Der soziale Zusammenhalt und die Solidarität innerhalb Europas sind das Fundament der
72 Europäischen Union – und sie sind im Interesse aller Mitgliedsstaaten. Nur der konsequente
73 Kampf gegen Lohn-, Sozial- und Steuerdumping sichert den Wohlstand nicht zuletzt auch in
74 Deutschland. Niedrige Einkommen und Sozialstandards in Europa dagegen schaden gerade
75 einem exportorientierten Bundesland wie Hessen und gefährden hierzulande Arbeitsplätze.
76 Wenn ein auch in Hessen engagiertes Automobilunternehmen unlängst über Gewinneinbrüche
77 aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Situation in Südeuropa klagt, dann zeigt dies, wie
78 wichtig es auch für die Menschen in Hessen ist, dass sich in Europa eine sozial
79 verantwortungsvolle Politik und eine Politik für Arbeit und Wachstum durchsetzt. Der
80 Arbeitsplatz beispielsweise einer Arbeiterin oder eines Arbeiters in Baunatal aber auch
81 Rüsselsheim ist sicherer, wenn sich das von ihr oder ihm mitgebaute Auto weiterhin auch
82 Menschen in Südeuropa leisten können.

83 Die marktradikal-konservative Politik der vergangenen Jahre ist dabei, einer ganzen Generation
84 von jungen Menschen in Europa die Perspektiven zu nehmen. Viele junge Spanier, Italiener
85 oder Griechen sind in jüngster Zeit auch nach Hessen gekommen. Ihnen müssen hier
86 Ausbildungs- und Integrationsmöglichkeiten gegeben werden. Insbesondere ist restriktiv
87 sicherzustellen, dass durch privatwirtschaftliche Anwerbungsaktivitäten bei Jugendlichen im
88 Ausland kein Missbrauch zu deren Lasten getrieben werden kann, wie dies bereits jetzt
89 beobachtet werden kann. Das Ziel muss es sein, diesen Menschen vorrangig eine Perspektive
90 in ihrem eigenen Land zu geben. Wenn Länder in Europa ihre qualifiziertesten jungen

91 Menschen verlieren, vertieft dies die soziale und wirtschaftliche Spaltung in der Europäischen
92 Union, an der Hessen kein Interesse haben kann.
93 Für die Hessen-SPD stehen folgende Projekte für ein soziales und gerechtes Europa ganz
94 oben auf der Agenda:
95 Eine europäische Jugendausbildungsgarantie: So wie sich die hessische SPD bereits frühzeitig
96 für eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen in Hessen eingesetzt hat, kämpfen wir
97 gemeinsam mit unseren Schwesterparteien in der PES für eine europäische
98 Jugendausbildungsgarantie. In Europa sind gegenwärtig 5,5 Mio. junge Menschen arbeitslos.
99 Die Jugendarbeitslosigkeit kostet die Gemeinwesen in der Europäische Union jährlich mehr als
100 100 Mrd. Euro. Bereits mit 10 Mrd. Euro, zum Beispiel aus nicht genutzten Ressourcen des
101 Europäischen Sozialfonds (ESF), könnte man kurzfristig etwa 2 Mio. junge Menschen in den
102 Arbeitsmarkt integrieren.
103 Ein Grund für die vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist das duale
104 Ausbildungssystem. Wir wollen deshalb andere Länder dabei unterstützen, vergleichbare
105 Systeme aufzubauen. Dies entlässt uns jedoch nicht aus der Verantwortung, schnell verfügbare
106 Angebote für die jetzt arbeitslosen Jugendlichen zu schaffen. Wir wollen deshalb die ESF-Mittel
107 und sonstige verfügbare Gelder in einem EU-Beschäftigungsfond bündeln, der innerhalb der
108 nächsten zwei Jahre in konkrete Maßnahmen investiert wird mit dem Ziel, die
109 Jugendarbeitslosigkeit um 30 Prozent zu senken.
110 Europäische Betriebsräte stärken: Mitsprache und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und
111 Arbeitnehmer sind entscheidend sowohl für unsere wirtschaftliche Zukunft als auch für eine
112 demokratische Unternehmenskultur. Wir setzen uns ein für Stärkung und Ausweitung der
113 europäischen Betriebsräte. Wir unterstützen die organisierte europäische Arbeitnehmerschaft in
114 der Herausbildung grenzüberschreitender tariflicher Vereinbarungen.
115 Die europaweite Bekämpfung von Steuerflucht: Während Europa an allen Fronten gegen die
116 Staatsschuldenkrise kämpft, gehen europaweit Jahr für Jahr gigantische Summen durch
117 Steuerhinterziehung, Steuerdumping und die Gewinnverschiebungstricks von internationalen
118 Konzernen verloren. Wir wollen deshalb die Bekämpfung der Steuerflucht zurück auf die
119 Agenda setzen. Wir sagen der grenzüberschreitenden Gewinnverlagerung und der
120 Steuerhinterziehung sowie denen, die sie zum Geschäftsmodell gemacht haben, den Kampf an.
121 Denn nur bei einer erfolgreichen Zurückdrängung dieser Praktiken können die Staatsfinanzen in
122 Europa nachhaltig und sozial gerecht saniert werden.
123 Zu solchen Reformen der Einnahmeseite gehört eine stärkere Besteuerung von Reichen, der
124 Aufbau einer funktionierenden Finanzverwaltung, ggf. mit Hilfe der EU, und die Beendigung von
125 allen Regelungen, die Steuerflucht und Steuervermeidung der eigenen Steuerzahler oder
126 derjenigen aus anderen Mitgliedsländern begünstigen.

127 128 **III. Klare Regeln und starke EU-Institutionen nutzen der hessischen Wirtschaft und** 129 **dem Finanzplatz Frankfurt** 130

131 Der europäische Binnenmarkt und die Einführung des Euro haben maßgeblich zum Erfolg der
132 deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahren beigetragen. In besonderem Maße gilt das für
133 Hessens international vernetzte Wirtschaft. Wer an den Säulen dieses Erfolges sägt, um am
134 rechten Rand zu fischen, sägt auch an Wirtschaft und Arbeit in Hessen.
135 Hessens Wirtschaft braucht nicht weniger, sondern mehr Europa. Ganz besonders gilt dies für
136 eine Finanzmarktregulierung im Interesse des Finanzplatzes Frankfurt, die Stabilität schafft,
137 Offshore-Banking und Steueroasen zurückdrängt und so Arbeitsplätze in Hessen sichert. Dazu
138 gehören für uns eine effektive Bankenunion und eine Finanzmarktregulierung mit schnelleren,
139 handlungsfähigeren Strukturen, insbesondere
140 eine vollständige Abtrennung von Risikogeschäften und Spekulationen von der Kreditvergabe
141 an die Realwirtschaft bei systemrelevanten Großbanken - ohne Schlupflöcher. Bankpleiten, die
142 ganze Volkswirtschaften gefährden (wie etwa bei Lehman Brothers oder der Hypo Real Estate)
143 müssen in Zukunft verhindert werden.
144 Eine schnellere Einrichtung und bessere Ausstattung des Abwicklungsfonds für Pleitebanken
145 bei stärkerer Beteiligung von solventen Geldhäusern, um Bankenrettungen auf Kosten der
146 Steuerzahler vermeidbar zu machen. Die Einrichtung eines Fonds von 55 Milliarden Euro in 12

147 Jahren ist vollkommen unzureichend und viel zu spät. Der Fond muss von den solventen
148 Geldhäusern gefüllt werden, die die entsprechenden Risiken eingehen. Diese müssen dazu
149 stärker beitragen als bisher vorgesehen.
150 Eine strengere Regulierung, u.a. des sog. Schattenbanksektors, z.B. von Hedgefonds, und
151 Regeln für den Schutz von Kleinanlegern für den grauen Markt (Beispiel Prokon) sowie eine
152 Deckelung und strenge gesetzliche Koppelung von Boni an den langfristigen
153 Unternehmenserfolg. Der Spekulation mit Derivaten (insbesondere mit spekulativen
154 Termingeschäften) wollen wir klare Grenzen setzen. Auch die Derivate, die wirtschaftlich
155 tatsächlich notwendig sind, wollen wir nur noch auf vollständig regulierten Finanzplätzen, wie
156 der Frankfurter Börse, handeln lassen.
157 Die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionsteuer, die mit niedrigem Steuersatz und
158 breiter Bemessungsgrundlage umgesetzt wird, damit Finanz-Zockerei unattraktiver wird und die
159 Krisenverursacher die Krisenkosten mittragen.
160 Klare Regeln für Ratingagenturen. Wir unterstützen darüber hinaus die Idee der Gründung
161 europäischer Ratingagenturen und ihre Ansiedlung am Finanzplatz Frankfurt. Ratingagenturen
162 mit einer US-zentrierten Geschäftspolitik haben mit dazu beigetragen, Spekulationswellen in
163 Europa auszulösen, die zu finanziellen und in ihrer Konsequenz auch zu sozialen Verwerfungen
164 geführt haben. Ratingagenturen müssen die Möglichkeit haben, unabhängig von nationalen
165 Einflüssen und politischen Interessen zu arbeiten. Der unabhängige europäische Finanzplatz
166 Frankfurt ist hierfür der ideale Standort.

167

168 **IV. Hessen kann Europa besser als es die CDU-Landesregierung umsetzt**

169

170 Das Land, die Kommunen wie auch die Bürgerinnen und Bürger in Hessen profitieren bereits
171 jetzt direkt von EU-Förderung. Diese Mittel könnten allerdings gezielter zur Entwicklung von
172 Arbeitsplätzen, zur Steigerung der Innovationskraft und zur Qualifizierung von
173 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Hessen eingesetzt werden:

174 Wir setzen uns für einen Ausbau der Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen
175 (KMU) in der Gründungsphase, bei Unternehmensnachfolgen und ein erweitertes Angebot
176 bedarfsgerechter Finanzierungshilfen an KMU für die Markteinführung innovativer Produkte und
177 Leistungen ein.

178 Wir setzen uns dafür ein, dass die hessischen Förderaktivitäten so optimiert werden, dass
179 möglichst viel Geld beim Empfänger der Förderung ankommt und möglichst wenig für die
180 Antrags- und Bewilligungsbürokratie aufgewendet werden muss.

181 Insbesondere bei der Verwendung der Gelder aus dem Europäische Fonds für regionale
182 Entwicklung (EFRE), wollen wir mehr niedrigschwellige Förderangebote mit Breitenwirkung
183 (beispielsweise Zinsvergünstigungen zur Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen, wie
184 etwa für den Austausch von veralteten Klima- und Kälteanlagen durch solche auf dem Stand
185 der Technik) anstelle der Förderung einzelner, lediglich pressewirksamer Pilotprojekte ohne
186 Breitenwirkung.

187 Wir fordern die Landesregierung auf, schnellstmöglich die Voraussetzungen dafür zu schaffen,
188 dass insbesondere KMU-bezogene Angebote aus den neuen EU-Förderprogrammen Horizon
189 2020 und COSME nach Hessen fließen können und nicht an unserem Bundesland
190 vorbeigehen. Die Landesregierung muss hier tätig werden, denn diese Mittel sind nicht regional
191 gebunden und werden im Wettbewerb vergeben.

192 Wir setzen uns dafür ein, dass die für den europäischen Wachstumspakt i. H. von 120 Mrd.
193 Euro bereits eingeplanten Mittel auch tatsächlich eingesetzt werden. Für Hessen wäre
194 beispielsweise ein Einsatz dieser Mittel für die Stärkung der Datennetzknotten in Frankfurt – dies
195 würde es der deutschen Netzwirtschaft ermöglichen, Internetdienste anzubieten, die unter das
196 deutsche Datenschutzrecht fallen – oder eine Finanzierung von Teilen der Energiewende
197 möglich.

198 Die hessische SPD wird sich in Brüssel – gerne gemeinsam mit der Landesregierung – dafür
199 einsetzen, die zunehmenden bürokratischen Hürden bei der Bewilligung von EU-Mitteln im
200 Interesse der Antragsteller auf das notwendige Maß zurückzuführen.

201 Wir fordern, die Beratungsangebote für Wanderarbeitnehmerinnen und Wanderarbeitnehmer
202 mithilfe von Mitteln des europäischen Sozialfonds (ESF) auszubauen – für Menschen die bei
203 uns arbeiten und oftmals mit katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert sind.

204

205 **V. Für ein Europa des Friedens, der Demokratie und der Bürgerrechte**

206

207 Soll Europa dauerhaft erfolgreich sein, muss deutlicher werden: Europa ist weit mehr als nur ein
208 Binnenmarkt und eine Währungsunion, Europa ist vor allem eine Wertegemeinschaft. Frieden,
209 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Bürgerrechte und Grundwerte sind Teil der
210 europäischen Idee. Dazu muss die EU demokratischer und transparenter werden.

211 Wir werden uns deshalb dafür einsetzen,

212 mehr direkte Demokratie zuzulassen. Konkret schlagen wir vor, die europäische Bürgerinitiative
213 von einer unverbindlichen Volkspetition zu einem europäischen Bürgerbegehren
214 weiterzuentwickeln,

215 das Einstimmigkeitsprinzip abbauen, dass es derzeit einem Staat ermöglicht, alle anderen zu
216 blockieren, insbesondere hinsichtlich Mindestbesteuerung und Sozialstandards,

217 die Rechte der vom Volk gewählten Abgeordneten sowie der Bundesländer und Regionen in
218 der EU zu stärken. Entscheidungen für Europa müssen durch die von den Wählern bestimmten
219 Abgeordneten im Europaparlament sowie den nationalen und regionalen Parlamenten getroffen
220 werden. Beispielsweise sollten Entscheidungen über die Abwicklung von Pleitebanken oder
221 Sparmaßnahmen im Sozialbereich nicht durch eine demokratisch nicht legitimierte "Troika" oder
222 durch intransparente Verhandlungen zwischen den Regierungen, sondern durch ein mit
223 Experten besetztes, schnell handlungsfähiges EU-Gremium erfolgen, das dem EU-Parlament
224 rechenschaftspflichtig ist.

225 Wir sind stolz darauf, dass die EU mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

226 Gleichzeitig wissen wir: Europa kann seine Erfahrungen der inneren Friedensstiftung nur dann
227 in die internationale Staatengemeinschaft einbringen, wenn es mit einer Stimme spricht. Die
228 hessische SPD unterstützt deshalb alle Initiativen zur Stärkung der Gemeinsamen Außen- und
229 Sicherheitspolitik der EU.

230 Es ist die moralische Verpflichtung Europas, aber auch im eigenen Interesse aller EU-
231 Mitgliedsstaaten, weltweit mit den Europa zur Verfügung stehenden Mitteln für Stabilität,
232 Demokratie, Menschenrechte und für eine ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in
233 allen Teilen der Welt einzutreten. Dabei haben für uns Diplomatie, der Wechsel durch
234 Annäherung oder, wenn diese Mittel versagen, wirtschaftlicher Druck auf Unrechtsregime immer
235 Vorrang vor militärischen Mitteln. Denn alle Strategien, die auf eine einseitig militärische Lösung
236 internationaler Konflikte abzielen, sind in den vergangenen Jahren eindrucksvoll gescheitert.

237

238 **VI. Ein starkes und soziales Europa gibt es nur mit starken europäischen** 239 **Sozialdemokraten und einer sozialdemokratisch geführten EU-Kommission**

240

241 Martin Schulz hat die Möglichkeit, der erste vom Europaparlament direkt gewählte
242 Kommissionspräsident zu werden. Diese historische Gelegenheit, auf die wir stolz blicken
243 können, sollten wir nicht verstreichen lassen, sondern dafür kämpfen dass sie real wird! Dafür
244 brauchen wir einen jeden von euch, um die Menschen in Hessen davon zu überzeugen, dass
245 es sich lohnt „Europa“ seine Stimme zu geben, und das diese Stimme sozialdemokratisch sein
246 muss. Damit sich jede Hessin und jeder Hesse aufgerufen fühlt, am 25. Mai selbst für ein
247 starkes Hessen in einem sozial gerechten Europa zu sorgen: Mit ihrer Stimme für Dr. Udo
248 Bullmann, Martina Werner aus Kassel und die weiteren hessischen Kandidaten auf der
249 Europaliste der SPD.

250

251

252

angenommen
abgelehnt
überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: EU 4

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: Parteivorstand

Betr.: 22 Thesen für ein gerechtes und solidarisches Europa

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 **22 Thesen für ein gerechteres und solidarischeres Europa**

2 Frieden und Freiheit, sind die Werte, die Europa politisch prägen. Seit vielen Jahrzehnten setzt
3 sich die europäische Sozialdemokratie für das Projekt Europa ein. Doch neben Frieden und
4 Freiheit findet in Europa auch eine verstärkte Fokussierung auf den kapitalistischen
5 Markt statt. Wir nordhessischen Sozialdemokraten wollen nicht einfach nur für Europa
6 kämpfen. Wir wollen für ein besseres, gerechteres und solidarischeres Europa kämpfen. Um
7 das zu erreichen, haben wir 22 Thesen entwickelt, für die es sich lohnt zu kämpfen.

8

9 **Angleichung und Verbesserung der Lebensbedingungen in Europa**

10 Seit die Freizügigkeit der BürgerInnen Rumäniens und Bulgariens vollständig gewährleistet
11 wird, sprechen und schreiben viele AkteurInnen von Armutswanderung. Die vielfach
12 überzeichneten und populistischen Äußerungen gehen in die falsche Richtung, doch richtig ist,
13 dass es innerhalb der EU ein starkes Gefälle der Lebensbedingungen gibt. Dieses Gefälle
14 dürfen wir nicht akzeptieren. Daher müssen wir solidarisch innerhalb der EU sein. Hierzu ist es
15 notwendig, dass weiterhin die regionalen Fördermittel in Form des EFRE-Programmes
16 weitergeführt werden, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Darüber hinaus gilt
17 es, die Kommunen bei ihren Integrationsbemühungen noch verstärkt mit Mitteln aus dem
18 Europäischen Sozialfonds zu unterstützen. Es ist gerade auch eine europäische Aufgabe, sich
19 an der Ausgestaltung der Integrationsinfrastruktur vor Ort finanziell zu beteiligen.
20 Auch hier gilt der Leitspruch, dass starke Schultern mehr tragen müssen, als schwächere.

21

22 **Mehr soziale Rechte für UnionsbürgerInnen**

23 Europa wird oft als Union der Normierung und der Wirtschaftsinteressen wahrgenommen. Das
24 Europa eine Union seiner BürgerInnen ist, wird selten dargestellt. Daher müssen die Rechte der
25 BürgerInnen der Union gestärkt werden. Wir wollen, dass alle Menschen in der Europäischen
26 Union ein Anrecht auf soziale Mindeststandards, wie eine Krankenversicherung, eine
27 Mindestrente und einen Mindestlohn haben. Unionsbürgerschaft bedeutet für uns vielmehr,
28 dass jeder UnionsbürgerIn, egal wo sie/er sich in der EU niederlassen möchte, ein Anrecht auf
29 solche transnationalen sozialen Rechte hat!

30

31 **Gemeinsame Steuerpolitik als Ende des Steuerwettbewerbs**

32 Innerhalb der Europäischen Union besteht ein starker Standortwettbewerb, der über möglichst
33 geringe Steuersätze geführt wird. Die Körperschaftssteuersenkungsspirale der letzten
34 Jahrzehnte und der mittlerweile durch internationale Großkonzerne bis zum Exzess betriebene
35 Steuervermeidungswettlauf sind hierfür die eindringlichsten Indikatoren.
36 Das zerstört Staaten und schadet deren BewohnerInnen. Eine einheitliche Steuerpolitik der EU
37 würde den schadenden Wettbewerb endlich beenden und dem größten Wirtschaftsraum der

38 Welt die Chance geben, die Unternehmen an den gesellschaftlichen Aufwendungen in einem
39 Maße zu beteiligen, wie es sich gehört.

40

41 **Perspektiven für die junge Generation hat Priorität**

42 Eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50% darf nicht akzeptiert werden. Europa muss
43 zusammen die Perspektivlosigkeit der jungen Menschen in vielen Ländern bekämpfen. Dabei
44 ist die Austeritätspolitik von Merkel und anderen neoliberalen PolitikerInnen der falsche Weg.
45 Wir brauchen Investitionen in die betroffenen Regionen, damit sich die Lage dort entspannt. Ein
46 Marshall-Plan für die Jugend Europas ist dringend notwendig.

47

48 **Europa der Regionen – Mehr Förderungen für den Ländlichen Raum**

49 Für ländliche Regionen wie Nordhessen ist die EU ein wichtiger Akteur. Die Union unterstützt
50 ländliche Regionen mit viel Geld in diversen Programmen. Diese Förderung muss weiter
51 aufrechterhalten werden. Der einsetzende demographische Wandel im ländlichen Raum kann
52 nur durch gezielte und nachhaltige Investitionen abgefedert werden.

53

54 **Europa als Chance für Bildung und Internationalität**

55 Europa bietet die Möglichkeit unkompliziert die Internationalität junger Menschen zu fördern. Mit
56 Austauschprogrammen wie Erasmus ist die EU in diesem Feld auch schon sehr erfolgreich. Die
57 Programme müssen erhalten und vorangetrieben werden. Unser Ziel muss es werden, dass
58 jeder junge Mensch längere Aufenthalte außerhalb seiner Heimatregion verbringt und dabei
59 lernt, dass alle Menschen gleich sind, egal ob es Deutsche, Franzosen oder Bulgaren sind.

60

61 **Europa des Friedens**

62 Willy Brandt forderte von der Bundesrepublik: „Wir wollen ein Volk von guten Nachbarn sein, im
63 inneren und nach außen“. Das muss auch für die EU gelten. Europa schafft es seit vielen
64 Jahren Konflikte innerhalb und zwischen den europäischen Staaten zumeist friedlich zu lösen.
65 Diese Verantwortung muss es auch nach außen haben. Krieg darf immer nur die letzte Lösung
66 sein und auch nur dann, wenn die Sicherheit von Leib und Leben viele Menschen betroffen ist.
67 Wirtschaftliches Interesse darf nie ein Grund für einen bewaffneten Konflikt bilden.

68

69 **Entwicklungspolitik stärken**

70 Die Europäische Union muss ihrer Verantwortung in der Welt gerecht werden. Vom immer
71 offener werdenden Welthandel profitieren vor allem die Europäische Union, Nordamerika und
72 Süd-Ostasien, aber nicht immer die übrigen Handelspartner. Ziel europäischer Europapolitik
73 muss eine einheitliche europäische Entwicklungspolitik sein, die ihren Fokus nicht auf den
74 internationalen Abbau von Handelshemmnissen legt, sondern auf internationale
75 Chancengleichheit. Ziel von Entwicklungspolitik darf nicht die Nutzbarmachung von Ressourcen
76 sein, sondern allen Menschen ein würdiges Leben in ihrer Heimat zu ermöglichen.

77

78 **Frontex muss unter demokratischer Kontrolle des Europäischen Parlaments gebracht 79 werden!**

80 Die europäische Grenzschutzagentur Frontex steht seit ihrer Arbeitsaufnahme in der Kritik.
81 Verweigerte Seenotrettung, gravierende Verstöße gegen die Genfer Flüchtlingskonventionen
82 und Rückführungsabsprachen zwischen Frontex und Nicht-EU-Staaten sind nur einige Punkte.
83 Daher fordern wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass Frontex nicht nur durch die
84 Kommission, sondern auch durch das europäische Parlament kontrolliert wird, da Frontex im
85 Namen des europäischen Volkes agiert.

86

87 **Für eine bessere Asyl- und Einwanderungspolitik!**

88 Der Umgang mit Migrantinnen und Migranten in die EU an den EU-Außengrenzen ist häufig
89 beschämend. Menschen, die aus anderen Ländern versuchen in die EU einzureisen, machen
90 das nicht, weil hier das Wetter und das TV-Programm besser sind, sondern weil sie vor
91 Verfolgung, Hunger und Perspektivlosigkeit flüchten. Vielen Verfolgten wird bereits die Chance
92 auf die Stellung eines Asylantrages verwehrt, und diejenigen, die einen Antrag stellen, werden
93 häufig mit dem Hinweis, dass sie aus einem sog. sicheren Drittstaat kommen, postwendend

94 abgeschoben, obwohl in diesem „sicheren Staat“ mitunter keine ordentlichen Asylverfahren
95 Anwendung finden.

96 **Daher fordern wir:**

- 97 - Dublin II und die sog. „Drittstaatenregelung“ muss abgeschafft werden!
- 98 - Einheitliche Asylverfahren auf hohem Niveau in ganz Europa! Bis dahin eine
- 99 Unterstützung der EU-Grenzländer durch alle EU-Staaten!
- 100 - Die Schaffung legaler Einwanderungsmöglichkeiten in die EU!

101

102 **Europa ohne Grenzen!**

103 Wir haben gemeinsame Behörden, ein gemeinsames Parlament aber kein europäisches Volk.
104 Das wird auch so bleiben, wenn zwischen den europäischen Staaten keine wirkliche
105 Freizügigkeit herrscht. Dies führt dazu, dass sich viele als Europäer zweiter Klasse fühlen, was
106 Wasser auf die Mühlen der Europagegner ist. Deshalb gleiches Recht für alle!

107

108 **Menschen retten, keine Banken**

109 Die europäische Gemeinschaft hat Unsummen locker gemacht, um sog. „systemrelevante“
110 Banken vor dem -meist selbstverschuldeten- Zusammenbruch zu schützen. Die Gelder, die für
111 Fördermaßnahmen der -vor allem südeuropäischen Staaten- eingeplant wurden, stellen
112 hingegen nur einen Bruchteil der Ausgaben für die Banken dar. Dies zeigt, wessen Geistes
113 Kind die bisherige europäische Politik ist: Die des Marktes und nicht der Menschen! Sollte nicht
114 umgehend gegengesteuert werden, wird es vor allem im Mittelmeerraum eine ganze verlorene
115 Generation geben!

116

117 **Rechtspopulisten dürfen keine starke Stimme bekommen**

118 Die Zustimmung zu Europagegnern und Rechtspopulisten ist zum großen Teil hausgemacht.
119 Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich aus Brüssel und Straßburg fremdbestimmt, da es
120 keine gelebte europäische Gesellschaft gibt, sondern die EU nur als Zentralbehörde
121 wahrgenommen wird. Die EU muss ihr Handeln besser erklären und den Benefit für alle
122 unterstreichen. Hierzu gehört nicht nur eine andere Medienarbeit, sondern auch eine aktivere
123 Wahlkreisarbeit der Abgeordneten.

124

125 **Europa ist Ursprung der Demokratie – Es wird Zeit das sich die EU nun auch daran**
126 **orientiert**

127 Häufig wird zu Recht kritisiert, dass die Europäische Union nicht hinreichend demokratisch
128 legitimiert ist. Ein sozialdemokratisches Europa muss dem europäischen Parlament
129 umfassende Rechte etwa auch im Bereich des Haushaltes geben. Auch die Wahl der
130 Kommission muss maßgeblich durch das Europäische Parlament erfolgen. Ein europäischer
131 Rat, mit Vertretern der nationalen Regierungen, sollte als zweite Kammer eingerichtet werden.
132 Somit sind Kompromisse zwischen den Ländern und der europäischen Ebene auszuhandeln.
133 Das ist gelebte Demokratie, die wir stärken wollen.

134

135 **Die Währungsunion braucht eine demokratische Wirtschaftsregierung**

136 Die Krise innerhalb Europas, insbesondere im Euro-Raum, hat eine Vielzahl von
137 Konstruktionsmängeln der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion offenbart. Der
138 entscheidendste ist dabei, dass man sich bei der Einführung des Euros lediglich auf eine
139 europäisierte Währungspolitik einigen konnte, die Wirtschaftspolitiken aber weiterhin im
140 nationalstaatlichen Entscheidungskontext verblieben. Eine gemeinsame Währung braucht aber
141 eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, dies wurde mehr als deutlich! Die konservative Antwort in
142 der Krisenauseinandersetzung bestand dabei aus zwei Lösungsansätzen: Technokratische
143 Normsetzung, die durch die Kommission überwacht werden sollen und zum anderen die
144 Stärkung des Europäischen Rates (insbesondere der Euro-Gruppe, entsprechend den Staats-
145 und Regierungschefs sowie Finanzministern der Euro-Mitgliedsländer) als Entscheidungs-
146 gremium. Von einer demokratischen EU-Wirtschaftsregierung haben wir uns während der Krise
147 also noch weiter entfernt. Unsere Antwort lautet daher, dass wir endlich der Euro-Gruppe ein
148 demokratisches Instrument in Form einer parlamentarischen Versammlung entgegensetzen

149 müssen. Die Wirtschaftspolitik im Euro-Raum braucht den politischen Diskurs im und die
150 Kontrolle durch das Parlament.

151
152 **Wir wollen ein Europa, das für ein sozial-eingebettetes Wirtschaftsleben steht und nicht**
153 **für Konzerninteressen!**

154 Bisher ist es europäischer Konsens, dass die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Unternehmen und
155 Konzerne immer auch in das demokratische Gesellschaftsleben eingebettet sein sollen. Heißt,
156 wir verfolgen in Europa eine Wirtschaftsordnung, in der (noch) das Primat der Politik gilt.
157 Gesamtgesellschaftliche Interessen werden höher bewertet, als das partikulare
158 Unternehmensinteresse. Auch wenn es darum geht, dies in der Europäischen Union noch
159 stärker zu verankern, stehen wir derzeit vielmehr vor der grundlegenden Gefahr diesen
160 Konsens vollends bei Seite zu räumen: Wenn ein mögliches Freihandelsabkommen die
161 Konzerninteressen höher schätzt, als Verbraucherschutz oder Sozialstandards und diese
162 Interessensvormacht auch noch durch Investitionsschutzregeln juristisch absichert, werden wir
163 als Sozialdemokraten alles dafür tun, dass ein solches Abkommen zwischen der EU und den
164 USA nicht Realität wird! Die Wirtschaft hat sich, nach unserem Verständnis, den
165 gesellschaftlichen Interessen unterzuordnen, nicht anders herum.

166
167 **Europa als Vorreiter in der Klimapolitik**

168 Der Stillstand in der weltweiten Klimapolitik darf nicht länger stillschweigend hingenommen
169 werden. Die Europäische Union muss mit gutem Beispiel vorangehen und bis 2030 den
170 Ausstoß von Treibhausgasen verbindlich um 40 Prozent senken. Dafür sind Investitionen in
171 Energieeffizienz und der Ausbau insbesondere dezentraler Erneuerbarer Energien sowie ein
172 steuerungswirksamer Preis zur CO2 Zertifizierung unabdingbar. Die EU darf hier ihre
173 Mitgliedsstaaten in ihren Ambitionen nicht bremsen, sondern muss den zügigen Ausbau der
174 Erneuerbaren als wirtschaftliche Chance begreifen.

175
176 **Datensicherheit und Transparenz herstellen**

177 In Sachen Datenschutz und Transparenz ist die Europäische Union noch einen weiten Weg von
178 guter Politik für die EuropäerInnen entfernt. Wir Sozialdemokraten fordern europaweite
179 Standards im Schutz von Daten von Einzelpersonen, Institutionen und Unternehmen nach
180 schwedischem Vorbild. Die massenhafte verdachtsunabhängige Speicherung von
181 Kommunikationsdaten (Vorratsdatenspeicherung) lehnen wir genauso strikt ab, wie geplante
182 Bestrebungen die Internet-Bandbreite nach Typ des transportierten Inhalts zu regulieren. Wir
183 fordern absolute Netzneutralität und stehen zu individuellen Freiheitsrechten und dem Recht auf
184 informationelle Selbstbestimmung. Wir lehnen jegliche Form von Zensur, also auch sog.
185 Netzsperrern, ab. Auf europäischer Ebene ist auf eine einheitliche Regelung des Urheberrechts
186 hinzuarbeiten, die sowohl dem heutigen Medien-Nutzungsverhalten als auch den berechtigten
187 Interessen der Kreativindustrie Rechnung trägt. Wir rufen die Mitgliedsstaaten der Europäischen
188 Union dazu auf, gemeinsam gegen das massenhafte Ausspionieren unschuldiger BürgerInnen,
189 aber auch Unternehmen vorzugehen.

190 Wir erwarten, dass gegenüber den USA mit gleicher Deutlichkeit, auch öffentlich, Kritik an den
191 Ausspähprogrammen der NSA vertreten werden, wie dies in vergleichbaren Fällen gegenüber
192 der Volksrepublik China und der Russischen Föderation geschieht. Bis im Fall der
193 massenhaften Ausspähung durch die NSA verlässliche Vereinbarungen erreicht werden,
194 fordern wir die Verhandlungen über eine transatlantische Freihandelszone auszusetzen. Vor
195 einer möglichen Einigung über das TTIP genannte Abkommen sind mögliche Konsequenzen für
196 Wirtschaft, VerbraucherInnen, Umwelt und Arbeitsbedingungen gründlich zu prüfen.
197 Wir fordern die Einführung europäischer Regelungen zum Schutz von Whistleblowern und im
198 Fall von Edward Snowden eine gesicherte Aufnahme in Deutschland und anderen
199 europäischen Ländern.

200
201
202
203 **Nationen überwinden – Wir sind alle Europäer!**

204 Das oberste Ziel der Europäischen Union ist das Miteinander der unterschiedlichen Völker aus
205 den unterschiedlichen Regionen der Europäischen Union. In den Jahrhunderten vor der
206 Gründung haben aufstrebender Nationalismus, Not, Elend, Krieg und das schlimmste
207 Verbrechen gegen die Menschlichkeit hervorgebracht. Die Europäische Union soll daher auch
208 den Nationalismus und Egoismus von einzelnen Nationalstaaten in ein solidarisches
209 Miteinander aller europäischen Regionen überführen. Das weitere Ziel sozialdemokratischer
210 Europa-Politik sind die „Vereinigten Staaten von Europa“ wie es schon das Heidelberger
211 Programm von 1925 zukunftsweisend skizzierte.
212

213 **Freizügigkeit muss sich auch in einem stärker gemeinsam koordinierten Fernverkehr** 214 **abbilden.**

215 Das von der EU initiierte und finanzierte Programm TEN-T (TransEuropeanNetworks-Transport)
216 hat in den letzten Jahren viele intereuropäische Fernverkehrsprojekte finanziert. So wurde ein
217 Teil der Bahn-Schnellstrecke Paris-Köln-Brüssel-Amsterdam-London aus TEN-T-Mitteln
218 finanziert. Bis 2030 sollen über 26 Mrd. € in den weiteren Ausbau von transeuropäischen
219 Straßen, Bahnstrecken und Binnenschiffahrtsstrecken investiert werden. Eine gemeinsame
220 europäische Fernverkehrspolitik bildet die Grundlage für Mobilität und Freizügigkeit innerhalb
221 der Union. Vor allem in den Staaten, die seit der Jahrtausendwende beigetreten sind, müssen
222 Investitionen getätigt werden, damit sie besser an die restliche Union angeschlossen werden
223 können. Dafür ist auch das System der Finanzierung zu überdenken. Nur 10% der
224 Investitionskosten werden über das TEN-T-Programm getragen, der Rest muss von der
225 jeweiligen Nation oder Region getragen werden. Das ist für viele europäische Staaten schwer
226 zu stemmen. Hier ist mehr europäische Solidarität gefragt.
227

228 **Wir brauchen eine Europäische Öffentlichkeit für das europäische Projekt – EuropaTV** 229 **als erster Schritt**

230 Europa findet in den Medien meistens nur statt, wenn über krumme Gurken und faule
231 Abgeordnete berichtet wird. Das ist jedoch eine sehr verkürzte Sicht auf die EU. Die
232 europäischen Institutionen bestimmen immer mehr unser Leben. Das muss sich in der
233 Berichterstattung widerspiegeln, zum einen, um ein stärkeres Verständnis zu entwickeln was
234 die EU ist, zum anderen, um die europäische Ebene der Politik stärker zu kontrollieren. Die
235 Forderung des deutschen Bundespräsidenten Gauck nach einem europäischen Fernsehkanal,
236 der Nachrichten aus Europa, Parlamentsdebatten aus Brüssel und Straßburg aber auch Filme
237 und Fernsehsendungen aus ganz Europa überträgt, könnte hier ein erster Ansatz sein. Kanäle
238 wie Arte und Euro News sollten als Vorbild dienen. Der TV-Sender sollte sich über Gebühren
239 finanzieren und somit unabhängig von Regierungen und Kommission arbeiten.
240

241 **Frieden, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in Europa und durch Europa**

242 Die Europäische Union muss die Grundlage für das sozialdemokratische Projekt des 21.
243 Jahrhunderts sein. Wer Politik in Grenzen denkt, wird im Denken begrenzt. Nur wenn wir
244 aufhören ständig im nationalen Wettbewerb zu stehen und stattdessen gemeinsam und
245 solidarisch Politik in einem geeinten Europa vorantreiben, können wir unsere Werte des
246 Friedens, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Gleichheit in Koexistenz umsetzen. Daher ist
247 Europa ein sozialdemokratisches Projekt, das eine starke sozialistische Fraktion im
248 Europäischen Parlament braucht und endlich auch einen progressiven Kommissions-
249 präsidenten, der Martin Schulz klar wäre. Deswegen werden wir nordhessischen
250 Sozialdemokraten einen starken EU-Wahlkampf führen. Damit Europa wieder unser Projekt
251 wird!

252
253 Begründung:
254 erfolgt mündlich
255

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: EU 8

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Galileo-Projekt fördern

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Das Projekt Galileo ist vorbildlich. Die EU wird aufgefordert, das Projekt ausreichend finanziell
3 zu unterstützen und dessen Umsetzung voran zu treiben.

4
5
6 Begründung:

7
8 Galileo ist der Name des europäischen globalen Satellitennavigationssystems (Europäisches
9 GNSS). Es soll weltweit Daten zur genauen Positionsbestimmung liefern und ähnelt im Aufbau
10 dem US-amerikanischen NAVSTAR-GPS und dem russischen GLONASS-System.
11 Galileo ist das erste von der Europäischen Union (EU) und der Europäischen
12 Weltraumorganisation (ESA) gemeinsam durchgeführte Projekt und Teil des TEN-
13 Verkehrsprojektes. Die Finanzierung der Entwicklungsphase wird von beiden Organisationen zu
14 gleichen Teilen übernommen. Am 27.Mai 2003 einigten sich die Mitgliedsstaaten der ESA nach
15 langen Differenzen über die Finanzierung. Im Mai 2007 wurde bekannt, dass die EU-
16 Kommission den privaten Betreibergesellschaften den Auftrag entziehen und das Projekt neu
17 ausschreiben will.

18 Folgende Staaten außerhalb der Europäischen Union beteiligen sich ebenfalls:

- 19 • China ist mit 280 Mio. Euro am Projekt beteiligt; ein gemeinsames Trainingszentrum für
20 Satellitennavigation wurde an der Pekinger Universität eröffnet.
21 • Indien konnte im Januar 2004 Verhandlungen aufnehmen, und im September 2005
22 wurde eine Übereinkunft über Zusammenarbeit unterzeichnet.] Im Oktober 2006 hatte
23 Indien allerdings die Zusammenarbeit und die angebotene Mitfinanzierung von 300
24 Mio.Euro aufgrund sicherheitsrelevanter Aspekte wieder in Frage gestellt.
25 • Israel
26 • Marokko
27 • Saudi-Arabien
28 • Schweiz (Mitglied der ESA) mit 30 Mio. Euro und liefert die extrem genauen Rubidium-
29 (Abweichung von einer Sekunde in 760.000 Jahren) und Wasserstoff-Maser-Atomuhren
30 (Abweichung von einer Sekunde in drei Millionen Jahren)
31 • Norwegen (Mitglied der ESA)
32 • Südkorea
33 • Ukraine

34
35 Folgende Staaten verhandeln über eine Teilnahme:

- 36 • Argentinien
37 • Australien (Stand Januar 2007)

- 38 • Brasilien
- 39 • Chile
- 40 • Kanada
- 41 • Malaysia
- 42 • Mexiko
- 43 • Russland brachte am 21. Oktober 2011 die ersten zwei Galileo-Satelliten mit einer
- 44 Sojus-ST-Rakete vom europäischen Weltraumzentrum in Französisch-Guayana ins All.
- 45

46 Die Vereinigten Staaten standen und stehen Galileo skeptisch gegenüber, vor allem im Hinblick
47 auf die Gefahren einer unkontrollierten militärischen Nutzung und fürchten die Ablösung ihres
48 Datenmonopols.

49
50

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: LR 1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Politik für Nordhessen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Nord fordert den SPD-Landesvorstand und die SPD-
2 Landtagsfraktion auf, sich für nachstehende Maßnahmen einzusetzen:

- 3
- 4 • grundlegende Aufgaben - und Ausgaben adäquate Neugestaltung des Kommunalen
- 5 Finanzausgleichs
- 6 • Rücknahme des jährlichen Abzugs von 344 Millionen Euro aus dem KFA
- 7 • Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen
- 8 und auch - wie von der Hessischen Landesverfassung vorgegeben - freiwillige
- 9 Leistungen erbringen zu können
- 10 • konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips durch das Land und den Bund
- 11 • keine Zentralisierung der Kommunalaufsicht bei den Regierungspräsidien
- 12 • Kommunalfreundliche Änderung der Regelung zur wirtschaftlichen Betätigung der
- 13 Kommunen nach §121 HGO
- 14 • keine Stelleneinsparungen bei der Polizei, insbesondere im ländlichen Raum
- 15 • Veränderungen der Altersstruktur bei der Polizei im ländlichen Raum
- 16 • Bürgerinnen und Bürger in strukturschwachen Regionen dürfen nicht durch weitere
- 17 erzwungene Erhöhung der Realsteuer zusätzlich belastet werden
- 18 • Konsequenter Ausbau von tatsächlichen Ganztagsangeboten an allen Schulstufen
- 19 • umgehende Umsetzung der Fertigstellung der Autobahnen A 44 und A 49
- 20 • Erhalt eines selbstständigen Nordhessischen Verkehrsverbundes
- 21 • Konsequente Berücksichtigung der besonderen Probleme des ländlichen Raumes und
- 22 seiner Infrastruktur
- 23 • Das Land muss seiner Verpflichtung zur Aufrechterhaltung einer intakten
- 24 gesundheitlichen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum verstärkt nachkommen
- 25
- 26

27 Begründung:

28
29 Die Aussagen des schwarz-grünen Koalitionsvertrages bleiben in weiten Teilen wenig
30 konkret, Worthülsen und Selbstverständlichkeiten werden aneinandergereiht. Eines wird
31 aber besonders deutlich: Die spezifischen Probleme des ländlichen Raums sind den
32 Koalitionären entweder nicht bekannt, oder sie werden ignoriert. Die Solidarität zwischen
33 Stadt und Land wird aufgegeben. Dies wird an vielen Stellen deutlich, unter anderem: Keine
34 grundlegende Änderung des KFA, nicht mehr Geld für die Kommunen, stattdessen sollen
35 diese die Nachmittagsbetreuung an den Schulen übernehmen. Im Bereich Schule gibt es im
36 Koa-Vertrag wenig konkrete Beschlüsse. Dies ist kein Zukunftsprogramm für Schule. Bei
37 den Regelungen des Kifög bleiben die Kommunen im ländlichen Raum auf der Strecke. Die

38 vorgesehenen Stelleneinsparungen gehen nach den bisherigen Erfahrungen mit einer CDU-
39 geführten Landesregierung immer zu Lasten des ländlichen Raumes. Es gibt im
40 Koalitionsvertrag keine Landesmittel für Busse und Schienen und keine Bestandsgarantie
41 für den NVV. Neoliberale Krankenhauspolitik wird fortgesetzt. Insbesondere die
42 Pauschalierung der Krankenhausfinanzierung verschärft die Gefahr der weiteren
43 Privatisierung kommunaler Krankenhäuser.

44
45

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: K 1

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Rücknahme des so genannten „Herbsterlasses“ des HMdI –
Kommunale Selbstverwaltung erhalten

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert sich für die Rücknahme des sog. „Herbsterlasses“
3 vom 03. März 2014 des Hess. Ministeriums des Innern und für Sport einzusetzen.
4 Die Anordnung, dass defizitäre Gemeinden ihre Grundsteuern 10% über dem
5 Landesdurchschnitt vergleichbarer Kommunen festlegen müssen, ist ebenso aufzuheben.
6 Die Forderung nach umgehender Aufstellung von ausstehenden Jahresabschlüssen sowie die
7 Festsetzung, dass für eine Haushaltsgenehmigung 2015 die Jahresabschlüsse bis 2012
8 vorliegen müssen, sind weder zeitlich noch personell umsetzbar.
9 Wir fordern die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung zu stützen und
10 kritisieren, dass mit diesen Anordnungen durch das Innenministerium die kommunale
11 Selbstverwaltung weiter ausgehöhlt wird und die Bürgerinnen und Bürger die Zeche für eine
12 verfehlte Finanzpolitik zahlen müssen.
13 Um Doppelstrukturen zu vermeiden, sollte auch die Kommunalaufsicht der
14 Schutzschirmkommunen künftig wieder beim Landrat angesiedelt werden.
15
16
17 Begründung:
18
19 Der Bezirksparteitag kritisiert die harten Vorgaben des Landes zur Erhebung von
20 kostendeckenden Gebühren. Der UB Parteitag fordert eine bessere Finanzausstattung der
21 Städte und Gemeinden und vor allem die Rücknahme der jährlichen Kürzung von 340 Mio. €
22 aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Auch bei Aufgabenverlagerungen vom Land auf die
23 Kommunen erwarten wir, dass die entsprechenden Finanzmittel gewährt werden. Weder bei der
24 Kinderbetreuung noch bei der Schulsozialarbeit kommt das Land seiner finanziellen
25 Verpflichtung nach. Im Gegenteil, die im Koalitionsvertrag von „*Bündnis 90/Die Schwarzen*“
26 geplante Ganztagsbetreuung sieht vor, den Kommunen die Betreuungskosten ab 14.30 Uhr
27 aufzudrücken.
28 Der sog. Herbsterlass des HMdI, der am Rosenmontag veröffentlicht wurde, ist eher ein
29 schlechter Karnevalsscherz und alles andere als Hilfe für die kommunale Ebene.
30 Hessen hat bundesweit das höchste Finanzierungsdefizit je Einwohner und Hessens
31 Kommunen erhalten im Bundesvergleich die zweitniedrigsten Zuweisungen durch das Land.
32 Daher dürfen nicht die Kommunen weiter drangsaliert werden, sondern das Land muss für eine
33 gerechte Finanzzuweisung sorgen.
34 Die Forderungen und Auflagen des Hess. Innenministers stellen die kommunale
35 Selbstverwaltung in Frage. Mit der Verpflichtung, die Gebühren massiv anzuheben und
36 Straßenbeitragssatzungen zu erlassen, zahlen die Bürgerinnen und Bürger einmal mehr die
37 Zeche für eine verfehlte Finanzpolitik der Hess. Landesregierung.

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf**

Antrag: K 2

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Protestmaßnahmen zum so genannten „Herbsterlass“ des HDMI v. 3.3.2014

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Die Landespartei wird gebeten, den Protest gegen den Herbsterlass zu organisieren.
2
3 Die SPD-KommunalpolitikerInnen in Hessen wehren sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln
4 gegen den Herbsterlass der Schwarz/Grünen Landesregierung in Hessen. Es muss ein Ende
5 haben mit dem finanziellen Ausbluten der Kommunen. Der Protest der KommunalpolitikerInnen
6 muss deutlich sichtbar nach außen in die Bevölkerung getragen werden.
7 Auf die Presse ist in diesem unserem Lande kein Verlass.
8 Deshalb werden vor öffentlichen Sitzungen Protestversammlungen „vor“ dem Sitzungssaal „auf
9 der Straße“ durchgeführt, um der Bevölkerung die Konsequenzen dieses „Herbsterlasses“
10 deutlich vor Augen zu führen.
11 Da, wo es möglich ist, wird der kommunalpolitische Protest mit politischen Mitbewerbern
12 gemeinsam organisiert.
13 In den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretersitzungen werden Resolutionen
14 beschlossen:
15
16 Diese Gemeinde (gemeindliche Einrichtung) ist in ihrem Bestand durch den „sogenannten
17 Herbsterlass“ der hessischen Landesregierung vom 3.3.2014 gefährdet.
18
19 Diese Beschlusslage wird an den Ortstafeln der Städte und Gemeinden bzw. an öffentlichen
20 Einrichtungen wie Sporthallen, Sportplätzen, Versammlungsräumen, Schwimmbädern (soweit
21 überhaupt noch vorhanden) usw. veröffentlicht.
22
23 In den Regierungsbezirken und im Land wird der überörtliche Protest durch die zuständige
24 SPD-Gliederung organisiert.
25
26 Alle Ideen, die für die Protestmaßnahmen entstehen oder durchgeführt werden, werden in einer
27 Ideen/Aktionskiste in den Unterbezirks- und Bezirksbüros, sowie im Landesbüro gesammelt und
28 über das Internet zur Verfügung gestellt.
29
30
31

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf**

Antrag: K 5

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: SPD-Landesparteitag Hessen

Betr.: Stoppt die kommunalfeindliche Politik der CDU-geführten Landesregierung in Hessen!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Wir fordern die verantwortlichen hessischen Landespolitiker auf, die einseitig zu Lasten der
3 Kommunen gehenden Sparmaßnahmen des Landes zu beenden sowie die bereits erfolgte
4 Rechtsprechung verzugslos umzusetzen. Die hessischen Landkreise, Städte und Gemeinden
5 sind mit den notwendigen Finanzmitteln auszustatten, um ein weiteres Erhöhen von Gewerbe-
6 und Bürgersteuern, Kindergartengebühren und Umlagen zu verhindern. Eine weitere
7 großflächige kommunale Gebietsreform ist zu unterlassen.
8 Im Detail bedeutet dies:
- 9 1. Zur Herstellung der Handlungsfähigkeit der Kommunen erwarten wir, dass nach dem Urteil
10 des Staatsgerichtshofs die Kommunen eine an ihren Aufgaben orientierte
11 Finanzausstattung erhalten. Dazu ist auch eine umfassende Reform des kommunalen
12 Finanzausgleichs notwendig.
 - 13 2. Vor dem Hintergrund des Urteils des Staatsgerichtshofs erwarten wir, dass die Kürzungen
14 im Kommunalen Finanzausgleich bereits für 2014 zurückgenommen werden und die
15 Summe der Schlüsselzuweisungen wieder um 345 Mio. Euro pro Jahr erhöht werden.
 - 16 3. Weiterhin ist die sogenannte Kompensationsumlage, die ebenfalls in der bisherigen Form
17 verfassungswidrig ist, sofort auszusetzen.
 - 18 4. Für den Ausbau der Kinderbetreuung müssen die Gemeinden durch das Land eine
19 vernünftige Finanzausstattung erhalten, die insbesondere den Betriebskosten für die
20 Betreuung im Bereich U3 gerecht wird.
 - 21 5. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, dass nicht nur Bundesmittel weitergeleitet
22 werden, sondern sich der Anteil des Landes an der Finanzierung der U3 Betreuung deutlich
23 erhöht.
24 Den Kommunalparlamenten empfehlen wir, das Konnexitätsprinzip vorbehaltlos
25 anzuerkennen und keine zusätzlichen Aufgaben zu übernehmen, die vom Land auf die
26 Kommune übertragen werden.
- 27
28
- 29 Begründung:
- 30
31 Wir Sozialdemokraten im Schwalm-Eder-Kreis protestieren in aller Schärfe gegen die
32 Fortsetzung der kommunalfeindlichen Politik der hessischen Landesregierung. Bereits seit 2011
33 werden den hessischen Kommunen jährlich ca. 345 Mio. € aus dem Landeshaushalt
34 vorenthalten. Gleichzeitig wachsen die kommunalen Pflichtaufgaben durch europäische,
35 bundesdeutsche und hessische Gesetzgebung. So wurde in Berlin eine flächendeckende
36 Versorgung mit Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren beschlossen. Städte und
37 Gemeinden stemmen dies alles, ohne von Bund oder Land hierfür Mittel in ausreichender Höhe

38 zu erhalten. Auch die mehr als 100 hochverschuldeten hessischen Kommunen, die unter den
39 sogenannten Schutzschirm geraten sind, müssen dazu sogar weitere Schulden machen und
40 neben der Erhöhung der Kindergartengebühren weitreichende Steuerhöhungen zu Lasten der
41 Bürger ergreifen, um nicht in die Insolvenz zu geraten. Die Forderungen des Finanzministers
42 nach kostendeckenden Einnahmen der sogenannten freiwilligen Aufgaben treiben die
43 Kommunen zudem weiter in die Enge. So würde beispielsweise der Schwimmbadeintritt in der
44 Kreisstadt Homberg (Efze) zukünftig 19,10 € kosten, Friedhofsgebühren müssten hier mehr als
45 verdoppelt werden, kommunale Einrichtungen wie z. B. Dorfgemeinschaftshäuser stünden vor
46 dem Aus. Von der verfassungsrechtlich verankerten kommunalen Selbstverwaltung sind die
47 meisten Städte in Hessen mittlerweile weit entfernt. Um an notwendige Fördermittel zu
48 gelangen, müssen sie zudem immer mehr Projekte zur interkommunalen Zusammenarbeit
49 eingehen. Die Autarkie der gewählten Parlamente ist dadurch akut gefährdet,
50 Demokratieverlust und Politikverdrossenheit sind einige der kritischen Folgen dieser Politik. Es
51 scheint vielerorts nur noch eine Frage der Zeit zu sein, dass bislang selbstständige Städte und
52 Gemeinden im Wege einer Gebietsreform zwangsfusioniert werden. Diese Form der einseitigen
53 Belastung unserer Kommunen, bei denen am Ende alle Bürger die Zeche zu zahlen haben, ist
54 insgesamt als verfassungswidrig zu beurteilen. Dies bestätigt das Urteil des hessischen
55 Staatsgerichtshofs in Bezug auf die Klage der Stadt Alsfeld. Auch in sogenannten freiwilligen
56 Leistungen sieht das höchste hessische Gericht nämlich notwendige Mittel zur Wahrung der
57 verfassungsrechtlich gewährten Selbstverwaltungsgarantie der Städte und Gemeinden und der
58 Erfüllung der Daseinsvorsorge. Die neu gebildete hessische Landesregierung ist nun dringend
59 gefordert, die geltenden gesetzlichen Auflagen endlich und ohne weiteren Verzug zu erfüllen
60 und Lösungen für die in Finanzierungsnot geratenen Kommunen zu entwickeln.
61

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: EnU 1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Energiewende in Nordhessen vorantreiben

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 1. Die nordhessische SPD sieht im Erneuerbaren Energiegesetz (EEG) die Grundlage für
- 3 die erfolgreiche Energiewende in unserer Region. Die dezentral erzeugten Energien aus
- 4 unserer Region trugen nach einer aktuellen Studie des cdw-Stiftungsverbands 2012 zu
- 5 einer regionalen Wertschöpfung von rund 122 Mio. Euro bei (Nordhessen ohne
- 6 Marburg-Biedenkopf und Fulda). Der Anteil des hier erzeugten regenerativen Stroms
- 7 liegt derzeit mit 27% über dem Durchschnitt der Bundesrepublik (24%) und deutlich über
- 8 dem Durchschnitt in Hessen (12,5 %). Mit der Universität Kassel, dem Fraunhofer
- 9 Institut IWES, DeENet und IdE sowie zahlreichen Firmen und Handwerksbetrieben
- 10 haben wir die gesamte Wertschöpfungskette der Erneuerbaren vor Ort. Damit ist
- 11 Nordhessen die Erneuerbare-Energie-Region.
- 12
- 13 2. Für die nordhessische SPD weisen die derzeit auf Grundlage von
- 14 Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel erarbeiteten Reformvorschläge für das EEG
- 15 grundsätzlich in die richtige Richtung. Wichtig ist, dass nach der Novellierung des
- 16 Gesetzes, das gemeinsame Ziel zwei Prozent Windvorrangfläche in Hessen
- 17 auszuweisen auch wirtschaftlich umgesetzt werden kann. Die vorgesehene
- 18 Stichtagsregelung muss geändert werden, so dass kurz vor der Genehmigung stehende
- 19 Windkraftprojekte noch realisiert werden können. Für den Eigenverbrauch von aus
- 20 Photovoltaikanlagen produzierten Strom muss die Bagatellgrenze so angehoben
- 21 werden, dass der Einsatz auch für Gewerbe- und Industrieanlagen wirtschaftlich
- 22 interessant bleibt, andernfalls droht der nordhessischen Solarbranche und dem
- 23 deutschen PV-Markt ein weiterer tiefer und existenzbedrohender Einschnitt.
- 24
- 25 3. Die nordhessische SPD bekennt sich zum gesellschaftlichen Konsens, auch im
- 26 Regierungsbezirk Nord- und Mittelhessen jeweils zwei Prozent Windvorrangflächen
- 27 auszuweisen. Die im Vergleich zu anderen Bundesländern überstrengen
- 28 naturschutzrechtlichen Vorgaben führen nach jetzigem Planungsstand mancher Orts zu
- 29 einer gefühlten Übernutzung einiger Landstriche. Hier erwarten wir vom hessischen
- 30 Energie- und Landesplanungsminister Tarek Al-Wazir, dass er sich gegenüber seiner
- 31 Parteifreundin Umweltministerin Priska Hinz durchsetzt. Eine Lockerung der strengen
- 32 Naturschutzvorgaben kann zu einer Entspannung und Akzeptanzsteigerung in Teilen
- 33 der Bevölkerung führen.
- 34
- 35 4. Aus Sicht der nordhessischen SPD sind vor allem Bürger, Kommunen sowie Regional-
- 36 und Stadtwerke die Motoren der Energiewende. Insbesondere das
- 37 Genossenschaftswesen eignet sich für die Beteiligung der Menschen an der

38 Energiewende. Auch regionale Energieversorger leisten einen wichtigen Beitrag. Der
39 Rückkauf der E.On Mitte und die Umbenennung in EAM (Energie aus der Mitte) wird
40 vom Bezirksparteitag Hessen-Nord ausdrücklich begrüßt. Für die bevorstehende
41 Beteiligung der Kommunen an der EAM erwarten wir von der Landesregierung, dass
42 auch unter dem sog. „Kommunalen Schutzschirm“ stehende Städte und Gemeinden die
43 Möglichkeit dazu erhalten.

44
45 5. Die von Schwarz-Grün vorgelegte leichte Modifizierung der wirtschaftlichen Betätigung
46 von Kommunen (§121 HGO) reicht nicht aus, damit sich Städte, Gemeinden und Kreise
47 im Bereich der Daseinsvorsorge vollumfänglich wirtschaftlich betätigen können. Auch im
48 Sinne der Akzeptanzsteigerung in der Bevölkerung, muss sich die kommunale Ebene
49 bei der erneuerbaren Energieerzeugung ohne große Hürden wirtschaftlich betätigen
50 können. Der SPD-Bezirksparteitag unterstützt eine entsprechende Initiative der SPD-
51 Landtagsfraktion.

52
53 6. Die nordhessische SPD begrüßt die zahlreichen neuentstandenen
54 Energiegenossenschaften. Die dezentrale Finanzierung passt hervorragend zur
55 dezentralen Energieerzeugung. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern an
56 den Gewinnen aus der Energieproduktion steigt auch die Akzeptanz. Allerdings
57 erschwert das neue Kapitalanlagegesetz vielen Energiegenossenschaften die Arbeit.
58 Die Bundesregierung wird aufgefordert, dieses Gesetz so anzupassen, dass es auch für
59 kleinere Energiegenossenschaften handhabbar und die geplanten Projekte realisierbar
60 bleiben.

61
62 7. Die nordhessische SPD fordert die Landesregierung auf, sich im Bereich der
63 Akzeptanzsteigerung für erneuerbare Energien, insbesondere die Windkraft, verstärkt
64 zu engagieren.

65
66 8. Vergütungssätze für Strom aus erneuerbaren Energien sind mit einer Degression
67 festzuschreiben, aber nicht vom Zubau abhängig zu machen, da dies die notwendige
68 Planungssicherheit für größere Projekte behindert.

69
70 9. Der Börsenstrompreis hat sich seit 2009 etwa halbiert. Die Politik hat sicherzustellen,
71 dass diese Stromkostensenkung nicht nur der Industrie zu Gute kommt, sondern auch
72 an die Privatkunden weitergegeben wird.

73
74
75

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: EnU 2

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: BürgerInnen-Energiewende fortsetzen!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 1. Wir sprechen uns strikt gegen eine verpflichtende Direktvermarktung von Ökostrom am
2 Spotmarkt aus und plädieren für den Erhalt der Möglichkeiten, den Strom aus Erneuerbaren-
3 Energien-Anlagen weiterhin ohne Abzüge über das EEG einzuspeisen und angemessen
4 vergüten zu lassen oder Endkunden direkt mit Ökostrom werthaltig vor Ort zu versorgen. Am
5 Spotmarkt der EEX muss der Strom oftmals unter Wert verkauft werden, vor Ort hingegen
6 können höherwertige und nachhaltige Organisationslösungen wie bspw. im Rahmen von
7 lokalen Stromtarifen oder von Bürgerenergiegesellschaften bzw. -genossenschaften zur
8 Anwendung kommen.
- 9 Eine verpflichtende Direktvermarktung führt außerdem dazu, dass bei einem Überangebot an
10 Strom zuerst flexible Solar- und Windkraftanlagen abgeschaltet werden. Unflexible Kohle- und
11 Atommeiler laufen hingegen weiter. Einspeisetarife sind der Motor des EEG. Sie beschleunigen
12 den Ausbau der regenerativen Energien. Direktvermarktung erschwert kleineren Erzeugern wie
13 Genossenschaften, Stadtwerken oder privaten Haushalten den Markteintritt. Stattdessen
14 werden nur noch wenige Direktvermarkter die Marktbedingungen diktieren. Es entstünde ein
15 neues Oligopol am Energiemarkt. Ein weiterer Nachteil der Direktvermarktung ist die Abnahme
16 der Investitionssicherheit. Dadurch steigen die Risikoaufschläge für Kredite und erhöhen so die
17 Kosten der Energiewende.
- 18
- 19 2. Wir lehnen die Festlegung eines Ausbaurkorridors je Technologie und die damit verbundene
20 Einführung eines atmenden Deckels für die Windenergie an Land ab. Windparks haben einen
21 Planungsvorlauf von 3-5 Jahren.
- 22 Die Festlegung eines Ausbaurkorridors mit atmendem Deckel konterkariert hingegen die
23 essentielle Bedingung der Planungssicherheit für diesen Zeitraum. Dadurch werden vor allem
24 die kleineren, dezentralen Akteure (Energiegenossenschaften und Stadtwerke)
25 unverhältnismäßig benachteiligt und aus dem Wettbewerb gedrängt. Außerdem steigen die
26 Preise für Windparks, weil das Risiko, einen geringeren Vergütungssatz zu erhalten, bei den
27 Planungen und Kostenrechnungen eingepreist werden muss. Das Ziel der Kostenreduktion
28 würde dadurch also konterkariert. Außerdem verlangsamen feste Ausbaurkorridore die
29 Energiewende. Nichts destotrotz müssen Windenergie- und Netzausbau an Land in Einklang
30 stattfinden.
- 31
- 32 3. Wir sprechen uns vehement gegen die Einführung von Quotenmodellen und einer
33 Ausschreibungspraxis für Windparks bzw. EE-Projekte aus! Auch bei einer Realisierung dieses
34 Vorhabens würden die Akteure, welche maßgeblich für regionale Wertschöpfung sorgen, im
35 Wettbewerb mit Großkonzernen und Fonds stark benachteiligt. Der hohe organisatorische
36 Aufwand, die Investitionsunsicherheiten und die nötigen Vorleistungen sind kaum von Bürger-
37 Energiegesellschaften oder kleineren Mittelständlern zu stemmen. Regionale Akteure sind am

38 besten in der Lage nachhaltige und höherwertige Lösungen umzusetzen, auch was die Punkte
39 Akzeptanz, Vertrauen und Bürgerbeteiligung betrifft. Quotenmodelle sind insgesamt schlecht für
40 das Ausbautempo und die Preisentwicklung. Erfahrungen aus anderen Ländern verdeutlichen
41 dies anschaulich. Auch diese Maßnahme konterkariert also das Ziel der Kostenreduktion der
42 Energiewende.

43
44 4. Die im aktuellen Eckpunktepapier berechnete Durchschnittsvergütung täuscht darüber
45 hinweg, wie günstig die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien mittlerweile tatsächlich ist.
46 Die Anfangsvergütung für Onshore-Windenergieanlagen bspw. liegt im Jahr 2014 bei 8,66
47 Ct./kWh und 4,72 Ct./kWh Grundvergütung. Würde man stärker auf Wind- und Solarstrom an
48 Land setzen, wäre eine durchschnittliche Vergütung von weniger als 10 Ct./kWh zu realisieren.
49 Außerdem werden durch den verbrauchsnahe und dezentralen Ausbau – im Gegensatz zur
50 Förderung von Küstenstandorten – Kosten beim Übertragungsnetzausbau gespart. Daher
51 sprechen wir Sozialdemokraten uns gegen die massive Förderung von Offshore-Windenergie
52 mit 19 ct./kWh aus. Bei den geplanten Ausbaupfaden würden dadurch im Jahr 2015 bereits
53 über die Hälfte der Förderkosten auf den Ausbau der Offshore-Windenergie entfallen. Diese Art
54 der Förderung einer zentralisierten Energiewende ist also der tatsächliche Kostentreiber,
55 wohingegen eine dezentrale Energiewende gesamtwirtschaftlich effizienter ist und direkt –
56 bspw. über eine Erhöhung der kommunalen Einnahmen und der regionalen Wertschöpfung
57 sowie über finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten und lokale Stromtarife – den Menschen vor
58 Ort zu Gute kommt. Zum Vergleich: Die vom entsprechenden Ministerium berechneten
59 Vollkosten (allerdings ohne die Kosten für externalisierte Umwelt- und Gesundheitsschäden)
60 von neuen Steinkohle- und Gaskraftwerken belaufen sich auf 7 bis 11 Ct./kWh.

61
62 5. Wir sprechen uns gegen die Pläne aus, eigenstromversorgende Wirtschaftsbetriebe
63 zusätzlich mit der EEG-Umlage zu belasten. Damit würden die Anstrengungen vieler
64 Unternehmen konterkariert, ihren Beitrag zur Energiewende und einer kosteneffizienten
65 Energiebereitstellung zu leisten. Um die dadurch anfallenden Mehrkosten für die EEG-Umlage
66 allerdings zu begrenzen, schlagen wir als Alternative vor, dass diese Unternehmen eine
67 Einspeisegebühr entrichten müssten, wenn sie das Stromnetz nutzen möchten. Außerdem führt
68 die Belastung des Eigenstromverbrauchs mit 4,4 ct/kWh bei Solarstrom nur scheinbar zu einer
69 Reduktion der EEG-Umlage. Für viele Betriebe bedeutet diese Regelung, dass sie den vor Ort
70 produzierten Strom nicht mehr selbst verbrauchen (und damit die Netze nicht mehr entlasten),
71 sondern ihn sich nach EEG vergüten lassen werden. Das bedeutet, dass die Maßnahme zu
72 einer Erhöhung der Umlage führen wird und nicht - wie angestrebt - zu einer Senkung. Auf
73 diese Weise würden Maßnahmen zur 100%-Eigenversorgung von Unternehmen weiterhin
74 wirtschaftlich ermöglicht, die Belastungen für alle Verbraucher allerdings um den Teil der
75 Mehrkosten des überschüssig produzierten Stroms reduziert.

76
77 6. Industrieunternehmen und auch Mittelständler (welche teilweise sogar noch zusätzlich von
78 der EEG-Umlage befreit sind) profitieren seit Jahren von den gesunkenen Strompreisen an der
79 EEX. Diese preissenkenden Effekte von Solar- und Windstrom werden von den
80 Energiekonzernen nicht an die Verbraucher weitergegeben. Eine transparente Darlegung, für
81 welchen Preis sie Strom einkaufen und für welchen Preis sie ihn weitergeben, könnte dabei
82 helfen, die öffentliche Wahrnehmung dahingehend zu berichtigen. Um Privathaushalte und die
83 nicht von der EEG-Umlage befreiten Gewerbe- und Industriebetriebe kurzfristig von der
84 gestiegenen EEG-Umlage zu entlasten und dessen Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, könnte
85 stattdessen besser die staatliche Stromsteuer gesenkt oder ein Steuerfreibetrag auf den
86 Grundstrombedarf eingeführt werden. Zusätzlich könnten die Energiekonzerne zur Weitergabe
87 der niedrigen Einkaufspreise für Strom an ihre Kunden verpflichtet werden.

88
89 7. Die Höhe der heutigen EEG-Umlage resultiert im Wesentlichen aus gesunkenen
90 Börsenpreisen, ausgeweiteten Industrieausnahmen und den Kosten für die
91 Technologieentwicklung in der Vergangenheit. Die meisten der im Eckpunktepapier
92 vorgeschlagenen Maßnahmen sind keine Antwort darauf, sondern helfen, die im letzten
93 Jahrzehnt angegriffenen, oligopolistischen Strukturen der Energiewirtschaft zu verteidigen und

94 verlorenen Boden zurückzuerobern. Wer es ernst meint mit der Energiewende, muss hingegen
95 die für deren Fortsetzung maßgeblichen Akteure (Energiegenossenschaften, Privathaushalte,
96 Stadtwerke und Mittelständler der Branche) stärken und beispielsweise das
97 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) entsprechend novellieren und das Referenzertragsmodell
98 dahingehend verbessern, dass sich auch der Bau von Windenergieanlagen im Süden der
99 Bundesrepublik wirtschaftlich gestalten lässt. Nur so können die zur Finanzierung
100 herangezogenen Bürgerinnen und Bürger endlich selber von den mittlerweile sehr günstigen
101 Technologiepreisen profitieren und eine langfristige bezahlbare und ökologisch verantwortliche
102 Energieversorgung etablieren helfen.

103

104 **Begründung:**

105

106 erfolgt mündlich

107

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2013
Stadtallendorf

Antrag: EnU 5

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat:

Betr.: Seehofer lehnt Gleichstromhochspannungstrasse ab! Wir dann auch!

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Der SPD-Bezirksparteitag hält die Ablehnung des Baus einer Gleichstromhochspannungstrasse
3 zwischen Wilster (Schleswig-Holstein) und Bayern (Grafenrheinfeld) sowie nach Baden-
4 Württemberg durch den Bayerischen Ministerpräsidenten für populistischen Unfug.
5
6 Der SPD-Bezirksparteitag begrüßt jedoch ausdrücklich, dass in Bayern die offenbar
7 eingeplanten drastischen Energieeinsparungen kurzfristig verwirklicht sein werden. Daher
8 wird ausdrücklich dem Experimentierfeld Bayern freier Lauf zu lassen sein, ohne abgesichertes
9 neues Stromnetz und sichere Versorgung.
10
11
12 Begründung
13
14 erfolgt mündlich.
15
16

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: EnU 6
Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz
Adressat: SPD-Bundesparteitag
Betr.: Lebensmittelampel

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Die Lebensmittelampel soll in Deutschland eingeführt werden.
2
3
4 Begründung:
5
6 Im Zuge der zunehmenden Gesundheitsbelastungen der deutschen Bevölkerung durch
7 ungesunde, zu fetthaltige und nährstoffarme Nahrungsmittel müssen wir die
8 Lebensmittelindustrie in die Pflicht nehmen.
9 Der Widerstand der großen Konzerne und die ausgeprägte Lobbyarbeit zeugen davon, dass für
10 die Produzenten ausschließlich der Profit im Zentrum. So etwas darf die deutsche
11 Sozialdemokratie nicht zulassen.
12
13 Zitat foodwatch: "Nährwertangaben müssen klar und verständlich sein – und zwar auf einen
14 Blick auf der Vorderseite von Lebensmittelverpackungen. Und sie müssen vergleichbar sein. Mit
15 der in Großbritannien entwickelten Ampelkennzeichnung wird das erreicht: Statt auf
16 unrealistische Portionsgrößen setzt sie auf einheitliche Angaben pro 100 Gramm – und auf
17 Signalfarben, die die Information über die wichtigsten Nährwerte Fett, Zucker und Salz spielend
18 leicht macht. Grün steht dabei für einen geringen, Gelb für einen mittleren und Rot für einen
19 hohen Gehalt am jeweiligen Nährwert. foodwatch fordert die verpflichtende Einführung der
20 Nährwert-Ampel für verpackte Lebensmittel."
21
22 Im Zuge des Verbraucherschutzes ist diese Ampel einzuführen.
23
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: EnU 7
Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz
Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.: Plastiktüten überwinden!

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern, dass Plastiktüten in Supermärkten und sonstigen Einzelhandelsunternehmen durch
2 ökologischere Alternativen ersetzt werden.
3

4
5 Begründung:
6

7 Plastik ist ein äußerst langlebiges, schlecht zu recycelndes und ressourcenverschlingendes
8 Material, das leider immer noch sehr häufig bei uns benutzt wird. Die Umweltschäden durch
9 diesen Stoff sind enorm und das obwohl es eigentlich gute Alternativen (den Jutebeutel zum
10 Beispiel) gäbe. Viele europäische Staaten haben bereits Maßnahmen ergriffen, die Benutzung
11 von Plastiktüten zu verringern. Auch Deutschland sollte hier seine Anstrengungen vergrößern.
12 Dabei könnte man sich eine besondere Besteuerung, die Subvention von Alternativen oder das
13 komplette Verbot überlegen. Grundsätzlich sollte es eine deutliche Verringerung des
14 Plastikgebrauchs in Deutschland geben.
15
16

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: EnU 8

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Umgang mit Echtpelzen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Werden bei der Produktion von Kleidungsstücken echte Felle oder Leder von Schlangen und
2 Echsen verarbeitet, so sind entsprechende Waren zu kennzeichnen.
3 Diese Regelung muss sowohl für in Deutschland hergestellte Waren gelten, als auch für jene,
4 die aus dem europäischen Ausland bzw. aus anderen Staaten eingeführt werden.
5 Die Einfuhr aller Pelze ist zu verbieten.
6 Die Bundesregierung hat sich darüber hinaus auch für ein Verbot der Produktion und des
7 Imports von Katzen- und Hundefellen und der Käfighaltung von Tieren zur reinen Fell- oder
8 Ledergewinnung auf europäischer Ebene einzusetzen.

9
10
11 Begründung:

12
13 TierschützerInnen haben in den vergangenen Jahren große Erfolge in der Sensibilisierung der
14 Bevölkerung für die großen Qualen, die bei der Herstellung von Kleidungsstücken mit echtem
15 Pelz entstehen. Insbesondere in Asien werden besonders häufig auch Hunde und Katzen
16 eingefangen und lebendig gehäutet. Viele VerbraucherInnen haben sich gegen die
17 Unterstützung derartiger Grausamkeiten entschieden und wollen solche Produkte nicht mehr
18 kaufen. Andere können mit einer konsequenten Aufklärungsarbeit ebenso davon überzeugt
19 werden, dass für fragwürdige Modeprodukte keine fühlenden Lebewesen hinhalten müssen.

20
21 Leider leistet der Markt an dieser Stelle keinerlei Transparenz.

22
23 Derzeit muss nicht gekennzeichnet werden, ob und welche Tiere verarbeitet wurden. Viele
24 denken gerade bei günstigen Kleidungsstücken, dass es sich um Kunstpelz handelt und
25 möchten sich dafür bewusst entscheiden. VerbraucherInnen sollen dabei getäuscht werden, da
26 mit Umsatzeinbrüchen zu rechnen ist, wenn die Kleidungsstücke durch Grausamkeiten
27 hergestellt wurden.

- 28
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: WBA 1

Antragsteller: AfA-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Neue Perspektiven für Behinderte in der Ausbildung und auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Die Adressaten werden aufgefordert, sich für verbesserte Arbeits- und
2 Berufsausbildungsbedingungen für Menschen mit Behinderung einzusetzen.
3
4 Berufsausbildung und Berufstätigkeit von Menschen mit Behinderung bedarf, angepasst an die
5 persönlichen Erfordernisse, einer größeren Flexibilisierung. Zur Möglichkeit der Teilhabe am
6 allgemeinen Arbeitsmarkt sind alle nötigen Instrumente zu nutzen und bereitzustellen.
7 Um Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote zu gewährleisten ist die regionale und
8 überregionale Vernetzung von Betrieben, Agentur für Arbeit, Jobcenter, LWV und sonstigen
9 gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Akteuren notwendig.
10 Die Ausgleichsabgabe ist zu erhöhen und die geltende Quotenregelung ist zu überdenken.
11
12 Öffentliche Arbeitgeber müssen bei der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit
13 Behinderungen Vorbildfunktion einnehmen.
14
15
16 Begründung:
17
18 Immer noch liegt die Arbeitslosenquote bei Menschen mit Behinderung doppelt so hoch wie im
19 Vergleich zur Allgemeinbevölkerung. In den letzten Jahren wurden immer mehr
20 arbeitsmarktpolitische Instrumente und Gelder abgebaut und gestrichen. Hier muss die Politik
21 endlich wirksam gegensteuern.
22
23

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf**

Antrag: WBA 3

Antragsteller: AfA-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Ausbildungsgarantie und Unterstützungssysteme

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Die Adressaten werden aufgefordert, sich für die Garantie auf einen Ausbildungsplatz ein
2 zusetzen.
3
- 4 Die Adressaten werden aufgefordert, die von der hessischen SPD vorgeschlagene
5 Ausbildungsgarantie konsequent zu verfolgen. Dazu müssen auch die Berufsschulen gestärkt
6 und unterstützt werden und die Mittel für ausbildungsbegleitende Hilfen (AbH) zur Verfügung
7 gestellt werden.
8 Betriebe müssen im Sinne einer solidarischen Berufsbildungsfinanzierung an den Kosten für
9 diese Angebote beteiligt werden. Für junge Menschen die keinen Berufsabschluss haben
10 müssen Angebote geschaffen werden, diesen nachzuholen.
11 Jungen Menschen mit kognitiven Defiziten müssen angemessene und ausreichend finanzierte
12 Angebote für eine niederschwellige Ausbildung unterbreitet werden, die es ihnen ermöglicht, am
13 Erwerbsleben teilzuhaben und ihre Existenz zu sichern.
14 Jungen Menschen, die wegen anderer Defizite eine Ausbildung nicht aufnehmen können, muss
15 durch ausreichend finanzierte entsprechende Angebote zur Ausbildungsreife verholpen werden.
16
17
- 18 Begründung:
19
- 20 Eine qualifizierte Berufsausbildung ist die Voraussetzung zur Teilhabe am Arbeitsleben. Dem
21 Wirtschaftsstandort Deutschland droht ein massiver Fachkräftemangel. Um dem
22 entgegenzuwirken müssen Warteschleifen- und Übergangssysteme abgeschafft und durch die
23 oben genannten Maßnahmen ersetzt werden.
24
25

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: WBA 5

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Mindestlohn für alle!

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Seit Jahren fordern wir Sozialdemokraten einmütig einen allgemeingültigen, flächendeckenden
2 Mindestlohn für alle. Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf sieht, entgegen dieser Zielsetzung,
3 mehrere Ausnahmen vor: Junge Menschen unter 18 Jahren, Langzeitarbeitslose in den ersten
4 sechs Monaten ihrer Beschäftigung und Berufs- bzw. Studienpraktikant*innen sollen
5 ausgenommen werden. Das halten wir für falsch und kontraproduktiv. Wir fordern deshalb die
6 SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Minister in der Bundesregierung auf, weiter das Ziel
7 eines allgemeinen und flächendeckenden Mindestlohns nicht aufzugeben.

8
9
10 Begründung:

11
12 erfolgt mündlich!

13
 angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: JBK 1

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Frühkindliche Bildung

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Die frühkindliche Bildung ist ein wichtiges gesellschaftliches Thema. Umso wichtiger ist es
3 daher, dass wir die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten sozial und gerecht mit begleiten.
4
5 Wir fordern daher:
6
7 • Für die Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher muss eine Ausbildungsvergütung
8 geleistet werden. Darüber hinaus sollte die Ausbildung im dualen Ausbildungssystem
9 stattfinden.
10 • Alle Erzieherinnen/Erzieher müssen nach einem einheitlichen Tarifvertrag bezahlt
11 werden. Es gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der frühkindlichen Bildung!
12 • Jede Kindergartengruppe braucht eine Drittkraft, um stärker pädagogisch arbeiten zu
13 können und das vorhandene Personal zu entlasten.
14 • Erzieherinnen/Erzieher brauchen bessere Weiterbildungsmöglichkeiten und bessere
15 Aufstiegschancen.
16 • Durch die Schaffung unbefristeter Stellen soll die Jobsicherheit erhöht werden.
17 • Durch eine Image-Kampagne soll die Attraktivität des Erzieherinnen-/des Erzieher-
18 Berufes aufgezeigt und im Zusammenwirken mit den vorangegangenen Maßnahmen
19 weiter gesteigert werden. Ziel muss es dabei sein, mehr Männer für diesen Beruf zu
20 gewinnen.
21 • Die Gründung von Betriebskindergärten und alternativen Betreuungseinrichtungen muss
22 gefördert werden.
23 • Die Abschaffung des Betreuungsgeldes ist unumgänglich, damit Geld wirksam für die
24 frühkindliche Bildung ausgegeben werden kann.
25
26

27 Begründung

28
29 erfolgt mündlich
30
31

- angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf**

Antrag: JBK 2

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Rundfunkbeitragsbefreiung für Studierende, Azubis und Beschäftigte in jeglichen Freiwilligendiensten

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass Studierende und Auszubildende und Beschäftigte in
2 jeglichen Freiwilligendiensten generell vom Rundfunkbeitrag befreit werden, unabhängig davon,
3 ob sie BAföG beziehen oder nicht.

4
5
6 Begründung:

7
8 Der seit dem 01. Januar 2013 geltende Rundfunkbeitrag besteht für jeden Haushalt in
9 Deutschland aus einem Pauschalbetrag in Höhe von 17,98 Euro monatlich, ganz gleich wie
10 viele Personen in diesem Haushalt leben und welches Einkommen diese haben. Von den
11 Gebühren werden unter anderem Studierende und Auszubildende befreit, welche
12 Unterstützungen durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten.
13 Studierende und Auszubildende, die kein BAföG beziehen, als auch Beschäftigte in jeglichen
14 Freiwilligendiensten, müssen den Beitrag jedoch zahlen. Zu bedenken ist allerdings, dass die
15 BAföG-Berechnung, die u.a. das Einkommen der Eltern berücksichtigt, nicht unbedingt viel
16 darüber aussagt, wieviel Geld den Studierenden bzw. Auszubildenden tatsächlich zur
17 Verfügung steht. Durch den Rundfunkbeitrag werden sie deshalb in ihrem ohnehin meist
18 begrenzten Budget zusätzlich stark belastet. Ebenfalls belastet werden Beschäftigte in jeglichen
19 Freiwilligendiensten, die monatlich nur über ein „geringes Einkommen“ (Taschengeld) verfügen.

- 20
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: SG 1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Jugendliche in Heimunterbringung, Änderung SGB 8

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Die Sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags werden aufgefordert, die §§ 91-94 des
3 SGB 8 so zu ändern, dass Jugendliche in Heimunterbringung mit einem Einkommen nur
4 gestaffelt und mit einem Grundfreibetrag zu den Kosten der Maßnahme herangezogen werden.
5
6
7 Begründung
8
9 Jugendliche in Heimunterbringung müssen 75 % von jedem Einkommen, dass sie z. B. mit
10 kleinen Jobs erzielen, an das Jugendamt als Anteil an den Kosten der Maßnahme abtreten. Nur
11 in wenigen Fällen müssen dagegen Kinde rund Jugendliche, die z. B. neben der Schule jobben,
12 so erhebliche Teile der erzielten Einnahmen an die Eltern abgeben. Vielmehr wird gerade
13 gewünscht, dass Jugendliche die Erfahrung selbst getätigter und selbst verdieneter
14 Anschaffungen machen.
15
16 Die Regelung benachteiligt damit nicht nur Kinder und Jugendliche in Heimunterbringung.
17 Damit wird zudem die Motivation und Ansporn erheblich gedämpft und die Erfahrung der
18 Selbstwirksamkeit angesichts verbleibender Stundeneinkommen unter 2,50 Euro
19 unwahrscheinlicher. Gerade bei diesem Jugendlichen ist aber der Ansporn, selbstwirksam sein
20 Leben zu organisieren zu lernen, besonders wichtig.
21
22 Deshalb sollten Einkommen aus kleinen Jobs oder Lohn in der Ausbildung erst ab einem
23 Freibetrag von mindesten 100 Euro monatlich und gestaffelt, also z. B. bis 200 Euro monatlich
24 mit maximal 25 Prozent, bis 400 Euro monatlich mit maximal 50 Prozent und erst darüber mit 75
25 Prozent herangezogen werden.
26
27

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: SG 2

Antragsteller: AfA-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Parteivorstand,
SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Arbeitgeberanteile an der gesetzlichen Krankenversicherung

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2
3 Die Adressaten werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass das unsägliche Einfrieren der
4 Arbeitgeberanteile in der gesetzlichen Krankenversicherung unverzüglich wieder aufgehoben
5 wird.
6

7
8 Begründung:

9
10 Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung hat die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
11 einseitig einer immer größer werdenden Belastung ausgesetzt. Das Gesundheitssystem, das
12 auf einer gleichmäßigen Lastenverteilung fußte, wurde konterkariert und mittlerweile erheblich
13 unterhöhlt. In Interesse eines solidarischen Miteinanders und einer gerechten Lastenverteilung
14 müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um den alten Zustand wieder herzustellen.
15

- 16
17
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: SG 3

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialabgaben und für die Bürgerversicherung in den
3 Plänen der SPD wird abgeschafft.

4
5
6 Begründung:

7
8 Die Beitragsbemessungsgrenze belastet geringe Einkommen in einem sehr viel höherem Maß,
9 als hohe Einkommen und das bei vermeintlich gleichen Leistungen. Deswegen ist sie eine
10 Ungerechtigkeit, die abgeschafft werden muss. Vor allem, weil durch die Mehreinnahmen in
11 Zukunft die Beiträge verringert werden könnten, was alle Einkommen im Verhältnis entlasten
12 würde. Alternativ können Mehreinnahmen auch zum Ausgleich der steigenden Rentenkosten
13 verwendet werden.

14

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: SG 4

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion,

Betr.: Bessere Finanzierung kleinerer Krankenhäuser

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Landtagsfraktion werden beauftragt, sich für den
- 3 Erhalt kleinerer Krankenhausstandorte in strukturschwachen Regionen einzusetzen.
- 4 Dabei muss über die Fallpauschalen hinaus ein Finanzierungssystem entwickelt werden, das
- 5 den Investitionskosten der Häuser Rechnung trägt.
- 6 Außerdem muss es einen finanziellen Zuschlag für Krankenhäuser geben, die in
- 7 strukturschwachen Flächenlandkreisen die Notfallversorgung übernehmen.
- 8
- 9
- 10 Begründung:
- 11
- 12 Immer mehr kleinere Kliniken müssen aus Gründen der Wirtschaftlichkeit schließen.
- 13 Es ist erklärtes Ziel der Bundesregierung weitere Krankenhausbetten abzubauen.
- 14 Eine Absicherung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit ist damit aber nicht verbunden.
- 15 Gerade in Kreisen, die dünn besiedelt sind und deren Bevölkerung immer älter wird, müssen
- 16 auch kleinere Kliniken so finanziert werden, dass sie wirtschaftlich betrieben werden können.
- 17 Ländliche Räume haben laut Koalitionsvertrag ebenso wie städtische Gebiete einen Anspruch
- 18 auf gute Entwicklungschancen.
- 19 Die Bevölkerung der Landkreise hat ein Recht auf eine gute, wohnortnahe gesundheitliche
- 20 Versorgung.
- 21 Daher muss das Finanzierungssystem der Krankenhäuser auch auf strukturschwache Regionen
- 22 ausgerichtet werden, sowie die spezifische Kostensituation der Krankenhäuser gesichert
- 23 werden.
- 24
- 25

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf**

Antrag: SG 6

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Finanzsituation der Krankenhäuser; Rahmenbedingungen für das Krankenpflegepersonal

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, in den
- 3 Krankenhäusern durch Gesetz eine bedarfsgerechte und verlässliche
- 4 Mindestpersonalbesetzung vorzuschreiben.
- 5 Für den Bereich der stationären Psychiatrie wird die Beibehaltung und Aktualisierung der
- 6 bisherigen Personalbemessung (der sogenannten Psychiatrie-Personalverordnung – PsychPV)
- 7 eingefordert.
- 8
- 9
- 10 Begründung:
- 11
- 12 Der Kostensenkungsdruck und der Wettbewerb im Krankenhausbereich sind buchstäblich „aus
- 13 dem Ruder gelaufen“. Seit Einführung des DRG-Systems wird der finanzielle Rahmen der
- 14 Krankenhäuser immer enger. Die personelle Lage an den Krankenhäusern – auch in
- 15 Nordhessen – spitzt sich zu. Die ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten ist
- 16 zum Teil bedroht.
- 17
- 18 Viele Krankenhäuser haben erhebliche Probleme, qualifizierten Nachwuchs für den ärztlichen
- 19 und pflegerischen Bereich zu gewinnen und im Rahmen des DRG-Systems zu finanzieren.
- 20 Trotz starker Zunahme der Fallzahlen sank die Zahl der Pflegekräfte in den Krankenhäusern
- 21 kontinuierlich.
- 22
- 23 In keinem anderen Land Europas gibt es im Verhältnis zu den Krankenhauspatienten weniger
- 24 Pflegepersonal als in Deutschland. Hierzulande versorgt eine Krankenpflegeperson
- 25 durchschnittlich 10,3 Patient/-innen. In Norwegen sind es lediglich 3,8.
- 26
- 27 Auch in anderen Berufsgruppen steigt die Arbeitsbelastung: Im Reinigungsdienst werden z.Zt.
- 28 nur 3 Minuten für die tägliche Reinigung eines Patientenzimmers veranschlagt.
- 29
- 30 Die Krankenhäuser müssen zusätzliches Geld erhalten, das sie dringend benötigen. Das muss
- 31 sich mess- und nachweisbar in zusätzlichem Personal und Pflege auswirken.
- 32
- 33 Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den DRGs („Fallpauschalen“) ist es nicht
- 34 verantwortbar, das Pauschalierende Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP)
- 35 einzuführen. Vielmehr muss die PsychPV beibehalten und als verbindliche Personalbemessung
- 36 weiterentwickelt werden.
- 37

38

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf**

Antrag: SG 7

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Erhalt des Berufes der Freien Hebamme

Der Bezirksparteitag möge beschloss:

1
2 Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag wird aufgefordert unverzüglich ein Konzept zum
3 Erhalt des Berufes der Freien Hebamme vorzulegen und zeitnah (vor dem 1.7.2015)
4 umzusetzen.

5
6 Ziel dieses Konzepts ist,
7 – dass die existenzgefährdenden hohen Berufshaftpflichtkosten für die Hebammen durch
8 ein geeignetes Finanzierungsmodell wie zum Beispiel ein Haftpflichtfond wieder auf ein
9 Maß zurückgenommen und abgesichert werden, dass weiterhin eine freiberufliche
10 Tätigkeit ermöglicht wird;
11 – dass auf diese Weise die praktischen finanziellen Konsequenzen, nämlich ein faktisches
12 Berufsverbot für die freiberuflichen Hebammen verhindert wird;
13 – dass Versicherungsbedingungen schafft, die eine langfristige Absicherung der
14 freiberuflichen Hebammen garantiert, anstelle von z. B. Jahresverträgen der
15 Assekuranzen;
16 – dass für kleine Geburtshilfestationen ein Modell finanzieller und langfristiger
17 Unterstützung gefunden wird, und so die flächendeckende Versorgung werdender
18 Mütter garantiert bleibt, durch z. B. kurze Anfahrtswege/schnelle Erreichbarkeit, die
19 durch weiter entfernte Kliniken nicht mehr gegeben sind;
20 – dass auf diese Weise der Zielgruppe der werdenden Mütter weiterhin das Recht auf freie
21 Wahl erhalten bleibt, sich für eine von ihnen gewünschte Art der Geburt und der
22 Nachsorge zu entscheiden.

23
24 Dieses Konzept ist zeitnah, das heißt so rechtzeitig vor dem 01.07.2015 vorzulegen, dass
25 noch die notwendige Zeit für die anstehenden Diskussionen und Maßnahmen zur
26 Umsetzung vorhanden ist, da anderenfalls die von den Assekuranzen geplanten Fristen
27 dann bereits praktisch zu dem o. a. Berufsverbot geführt haben, weil die finanzielle
28 Existenzgefährdung die Frauen in dieser Berufsgruppe zur Aufgabe ihres Berufs
29 gezwungen hat.

30
31
32
33 Begründung:

34
35 In den vergangenen Jahren stiegen die Kosten der Berufshaftpflicht-Versicherung im Bereich
36 Geburtshilfe enorm an. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind die freien Hebammen
37 und kleinen Geburtsstationen.

38 Inzwischen steht fest, dass es ab dem 1. Juli 2015 keine Berufshaftpflicht-Versicherung mehr
39 für freie Hebammen geben wird.

40 Dies kommt einem Berufsverbot für freie Hebammen gleich.

41
42 Die kurzfristig ausgehandelte Lösung mit den Krankenkassen ist nicht befriedigend und
43 verschiebt das Berufsverbot nur um einige Monate.
44 Schließen noch mehr kleine Geburtshilfestationen, schmerzlich ist uns die Schließung in
45 Biedenkopf in Erinnerung, hat das noch weitere Folgen:
46 Weite Wege zur Entbindungsstation und dadurch erhöhtes Risiko für Mutter und Kind - mit der
47 Tendenz zur „geplanten“ Geburt, d. h. Kaiserschnitt - mit allen Risiken einer Operation werden
48 dann Alltag.

49 Es kann uns nicht egal sein, wie und wo unsere Kinder und Enkelkinder zur Welt kommen.

50 Weitere Begründung erfolgt mündlich

51

52

53

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf**

Antrag: SG 8

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Landesparteitag Hessen,
SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Richtlinien für Geburtshilfestationen ändern

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür
- 3 einzusetzen, dass die Voraussetzungen für die Erhaltung von Geburtshilfestationen im
- 4 ländlichen Raum so gestaltet werden, dass es gerade auch kleineren Klinikstandorten in
- 5 schwächer besiedelten Bereichen ermöglicht wird, solche Geburtshilfestationen vorzuhalten.
- 6 Kriterium für den Erhalt einer solchen Station darf nicht die Anzahl der Geburten sein. Vielmehr
- 7 muss in erster Linie sichergestellt sein, dass die Frauen innerhalb eines kurzen Zeitraumes die
- 8 Geburtshilfestationen erreichen können.
- 9
- 10 Zur Kostendeckung ist darauf hinzuwirken, dass die Fallpauschalen so gestaltet werden, dass
- 11 auch die Existenz kleinerer Geburtsstationen gesichert ist.
- 12
- 13
- 14 Begründung:
- 15
- 16 Im Zusammenhang mit der Schließung der Geburtshilfestation im Kreiskrankenhaus Wolfhagen
- 17 ist deutlich geworden, dass in erster Linie ökonomische Gründe ausschlaggebend waren. Die
- 18 Auswirkungen müssen ausschließlich von Frauen getragen werden. Dies ist nicht akzeptabel.
- 19
- 20 Die derzeitigen Regelungen für Geburtshilfestationen sind nicht geeignet, sicherzustellen, dass
- 21 solche Stationen im ländlichen Raum erhalten bleiben können. Vor dem Hintergrund der
- 22 demografischen Entwicklung, gerade auch in schwächer besiedelten Bereichen, ist es aber
- 23 unumgänglich, Voraussetzungen zu schaffen, die auch hier eine gute Lebensqualität
- 24 gewährleisten. Fehlende Angebote, die nur in großen Städten vorgehalten werden, führen dazu,
- 25 dass die Menschen sich stärker nach dort orientieren und der ländliche Raum zunehmend
- 26 ausgedünnt wird.
- 27
- 28 Der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD trägt dem Rechnung, indem er ausführt, dass
- 29 nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen die wohnortnahe
- 30 Krankenhausversorgung der Bevölkerung gewährleistet sein muss. Hierzu sei sicherzustellen,
- 31 dass auch Krankenhäuser in strukturschwachen Regionen ihren Versorgungsauftrag
- 32 wahrnehmen können. (Koalitionsvertrag Seite 79). Er stellt zudem heraus, dass die
- 33 Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Geburtshilfe wichtig ist
- 34 (Koalitionsvertrag Seite 82). Der Vertrag stellt weiterhin fest, dass überall die Voraussetzungen
- 35 für eine gute Versorgung geschaffen und eine gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land
- 36 gewährleistet werden soll. Ländliche Räume hätten ebenso wie städtische Gebiete Anspruch
- 37 auf gute Entwicklungschancen (Koalitionsvertrag Seite 96).

38
39
40
41
42

Vor diesem Hintergrund ist es unumgänglich, umgehend darauf hinzuwirken, dass die Kriterien für die Erhaltung von Geburtshilfestationen im ländlichen Raum angepasst werden.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: SG 10

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Situation in der Pflege verbessern

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Wir fordern, die angespannte Situation im Pflegebereich zu verbessern, indem die Leistungen
2 verbessert und der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff umgesetzt wird, auch wenn dafür die
3 Pflegebeiträge erhöht werden müssen.
4
5
- 6 **Begründung:**
7
- 8 Die Situation in der deutschen Pflege ist katastrophal.
9 Darunter leiden die Qualität, die Sauberkeit, die Pflegekräfte und nicht zuletzt die zu Pflegenden
10 und deren Angehörige.
11 Die psychische Belastung welche durch die unwürdigen Rahmenbedingungen entsteht belasten
12 vor allem die Pflegekräfte. Pflege ist meist nicht nur Beruf sondern Berufung.
13 Es ist untragbar, dass eine Pflegekraft, welche schutzbefohlen für ihre Patienten ist, ihre Arbeit
14 nicht nach rechtem Wissen und Gewissen ausführen kann, da weder ausreichend Zeit,
15 Ausrüstung noch Personal zur Verfügung stehen.
16

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: IR 1

Antragsteller: SPD-Stadtverband Marburg

Adressat: SPD-Landesparteitag

Betr.: Privatisierungsbremse in die Hessische Verfassung

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die neue SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf für die Einführung einer
2 Privatisierungsbremse in die Hessische Verfassung zu erarbeiten *und für eine durch das Volk*
3 *zu beschließende Verfassungsänderung* einzubringen.

4
5 Diese Privatisierungsbremse soll sicherstellen, dass öffentliche Unternehmen und öffentliches
6 Eigentum in Hessen, auf die die öffentliche Hand aufgrund Eigentum, finanzieller Beteiligung,
7 Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die die Tätigkeit des Unternehmens regeln, unmittelbar
8 oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann und die

- 9
- 10 - Verkehrsleistungen oder Leistungen der Abfall- oder Abwasserentsorgung oder der
 - 11 Energie- oder Wasserversorgung für die Allgemeinheit erbringen,
 - 12 - wesentliche Beiträge zur wirtschaftlichen, verkehrlichen oder kulturellen Infrastruktur
 - 13 leisten,
 - 14 - öffentliche Wohnungsbauunternehmen
 - 15 - Kredit- und Finanzdienstleistungen erbringen
 - 16 - der allgemeinen Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhäusern dienen,
 - 17 - Grundbesitz von erheblicher Bedeutung

18
19 nur durch ein Gesetz oder eine Satzung veräußert werden können, die vom Landtag oder dem
20 Parlament der zuständigen Gebietskörperschaft mit zwei Dritteln ihrer Mitglieder beschlossen
21 wurde. Wird eine zwei Drittel Mehrheit nicht erreicht oder verlangt es eine qualifizierte
22 Minderheit oder ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten, so ist ein Volksentscheid bzw. ein
23 Bürgerentscheid durchzuführen.

24
25
26 **Begründung:**

27
28 Bereits vor Einführung der Schuldenbremse haben CDU und FDP in Hessen in erheblichem
29 Umfang öffentliches Eigentum privatisiert oder zu privatisieren versucht. So gab es
30 umfangreiche Immobilienverkäufe, ein Verkauf der Nassauischen Heimstätte war geplant,
31 Änderungen des Sparkassengesetzes hätten deren Verkäuflichkeit ermöglicht und das
32 Universitätsklinikum Gießen und Marburg wurde privatisiert. Diese Verkäufe dienten
33 Einsparungen oder der Generierung von Einnahmen. Privatisierung von öffentlichem Eigentum
34 zur Generierung von Einnahmen zur Haushaltssanierung ist kein sinnvoller Weg. und wurde
35 von uns immer wieder kritisiert.

36
37 Unternehmen mit öffentlichem Charakter zeichnen sich dadurch aus, dass sie dem Gemeinwohl
38 dienen und nicht privaten Gewinninteressen. Dazu gehört auch ganz wesentlich, dass ihre

39 Leistungen für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zugänglich sind. Für Unternehmen,
40 die sozialrechtlich geregelte Leistungen erbringen, werden der Zugang und die Trägerstruktur
41 abschließend durch die Kodifikationen im Sozialgesetzbuch geregelt.

42
43 Anders stellt sich dieses bei der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei der wirtschaftlichen,
44 verkehrlichen und kulturellen Infrastruktur und bei der Versorgung mit Wohnraum dar. Sind in
45 diesem Bereich die Aufgaben auf privatrechtliche Unternehmen verlagert, fehlen in vielen Fällen
46 gesetzliche Regelungen und der Zugang der Bürger zu entsprechenden Leistungen hängt
47 entscheidend vom Interesse der Eigentümer dieser Unternehmen ab. Wegen ihrer
48 Schlüsselrolle für die staatliche gesundheitliche Daseinsvorsorge und wegen der Anzahl der hier
49 Beschäftigten sind die Krankenhäuser den vorgenannten Unternehmen gleichzusetzen.

50
51 Öffentliche Unternehmen sind daher in einer modernen Demokratie ein wesentliches Instrument
52 zur politischen Gestaltung des Gemeinwesens. Die Veräußerung von Anteilen der öffentlichen
53 Unternehmen ist daher ein sehr weitreichender und folgenschwerer Eingriff in die politischen
54 Handlungsmöglichkeiten, dessen Auswirkungen weit über die Dauer einer Legislaturperiode
55 hinausreichen. Die Bürgerinnen und Bürger als ideelle politische Eigentümer ihrer Unternehmen
56 sollen die Möglichkeit erhalten, auf diese Entscheidungen selbst Einfluss zu nehmen können
57 und in strittigen Fällen diese Entscheidung auch selbst zu treffen.

58
59 Als eine den Volksentscheid auslösende Veräußerung wird der gewollte und beabsichtigte
60 Verlust des beherrschenden Einflusses im Sinne der Europäischen Transparenzrichtlinie
61 definiert. Ausgenommen werden sollen hiervon kleine Kapitalgesellschaften gemäß § 267 HGB,
62 da deren Bedeutung für das Gemeinwohl untergeordnet ist.

63
64
65
66

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: IR 2
Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat: SPD-Landtagsfraktion
Betr.: Forstreform ablehnen!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Nach der Forstreform 2005 arbeiteten die hessischen Forstbetriebe gewinnbringend und
3 austariert. Erkauft wurde dies mit einer Massenentlassung unter der damaligen
4 Landesregierung. Eine weitere Forstreform zu Lasten der Beschäftigten und der
5 forstwirtschaftlichen Nachhaltigkeit lehnen wir ab.
6
7
8 Begründung:
9
10 Im Zuge der Forstreform 2004/2005 wurde 1/3 aller Forstbetriebe geschlossen und eine
11 Vielzahl von MitarbeiterInnen entlassen. Nötig wurde dies, da Hessen-Forst zunehmend
12 außerhalb der Gewinnzone agierte. Seit dieser Reform ist die Gewinnzone wieder erreicht.
13
14 Bis 2025 sollen jedoch erneut viele Planstellen gestrichen werden. Doch schon heute sind
15 RevierförsterInnen kaum in der Lage, seine Gebiete verantwortungsvoll und flächendeckend zu
16 verwalten. Eine erneute Einsparung hätte katastrophale Folgen für den Lebensraum Wald.
17
18 Gerade Buchen und Borkenwälder bedürfen einer regelmäßigen Abnahme durch
19 RevierförsterInnen. Hier würde man am falschen Ende sparen.
20 Eine erneute Reform ist deshalb abzulehnen, solange Hessen-Forst in der Gewinnzone agiert
21
22
23
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: IR 6

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Steuerhinterziehung verfolgen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die nordhessischen Sozialdemokraten fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
2 Minister in der Bundesregierung, die SPD-Landtagsfraktion sowie die sozialdemokratischen
3 Landesregierungen dazu auf, sich für die Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige
4 einzusetzen. Im deutschen Recht gibt es keine vergleichbare Regelung bei anderen Straftaten,
5 außer im Fall der Steuerhinterziehung! Wir lehnen die Privilegierung von Steuerstraftaten als Art
6 "Kavaliersdelikt" ab! Des Weiteren sollen die strafrechtlichen Rahmenbedingungen so verändert
7 werden, dass es nicht mehr zu einer Verjährung des Deliktes der Steuerhinterziehung nach fünf
8 Jahren kommen kann bzw. bei besonders schweren Steuerstraftaten es zu einer
9 strafrechtlichen Verjährung von zehn Jahren kommt. Nachzahlungen sollen sich auf die
10 gesamte Summe der nicht versteuerten Einkünfte beziehen. SteuerstraftäterInnen, welche sich
11 selbst anzeigen, müssen neben der verzinnten Steuernachzahlung eine Geldstrafe von
12 mindestens 25 % der hinterzogenen Steuern zahlen.
13 Die Finanzämter in den Ländern sind personell besser auszustatten, insbesondere die Zahl der
14 Steuerfahnder ist aufzustocken.

15
16
17 Begründung:

18
19 Es ist wieder in aller Munde, dank Hoeneß und Schwarzer, wie auch dem Ankauf von
20 Kundendaten Schweizer Banken - das Thema Steuerhinterziehung wird wieder Salonfähig,
21 quasi ein Kavaliersdelikt aus dem man sich freikaufen kann, sofern man genügend Geld und
22 lang genug hinterzogen hat. Jahr für Jahr entgehen dem deutschen Fiskus knapp 30 Milliarden
23 Euro durch Steuerhinterziehung - das schätzt Dieter Ondracek, Chef der Deutschen
24 Steuergewerkschaft. Steuerhinterzieher schaden aktiv der Gesellschaft, schaden dem Staat
25 und dem Vertrauen, das Bürger dem Staat entgegenbringen, im Sinne von Gerechtigkeit und
26 Gleichheit.
27 Es darf nicht sein, dass Steuerhinterziehung in unserer Gesellschaft als eine Art Kavaliersdelikt
28 akzeptiert wird. Das Bürger, die dieses Verbrechen bewusst begehen, durch das zahlen einer
29 Geldstrafe sich "freikaufen" können und dürfen. Es darf nicht sein, dass auch weiterhin Jahr für
30 Jahr der Otto-Normal-Bürger seinen Teil zur Allgemeinheit beiträgt, während einige Wenige sich
31 erdreisten, sich zu enthalten und doch die Dienstleistungen unserer Gesellschaft wahr zu
32 nehmen.
33 Warum sollte die Allgemeinheit die Steuern zahlt, Mitbürger dulden, die die Allgemeinheit
34 anscheinend nicht genug schätzen, um Ihren Teil zur Gesellschaft und zum Staat beizutragen?
35 Wir wollen und müssen die Anzahl der Steuerhinterzieher reduzieren, um unsere Gesellschaft
36 zu stärken. Dafür müssen deutliche Signale und Impulse gesetzt werden. Eine Verschärfung
37 der derzeitigen Gesetzeslage soll dafür einen deutlichen Anreiz geben!

38

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: IR 8

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Fulda

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Kontingent für syrische Flüchtlinge erhöhen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktion werden aufgefordert sich dafür einzusetzen,
2 dass das Kontingent für syrische Flüchtlinge in Deutschland auf 50 000 erhöht wird und für die
3 Aufnahme nicht allein das Kriterium gilt, dass in Deutschland lebende Syrer oder Deutsche mit
4 syrischen Wurzeln die Aufnahme von Angehörigen beantragt haben. Ein weiteres Kriterium für
5 die Aufnahme muss sein, ob Menschen besonders schutz- und hilfsbedürftig sind als
6 Angehörige einer religiösen Minderheit, aus gesundheitlichen Gründen oder wegen ihrer Kinder.

7
8
9 Begründung:

10
11 Der Bürgerkrieg in Syrien hat nach Einschätzung der Vereinten Nationen die schlimmste
12 Flüchtlingskrise seit dem Völkermord in Ruanda vor 20 Jahren ausgelöst. Nach Auskunft der
13 Vereinten Nationen sind 9 Millionen Syrer auf der Flucht, davon haben 2,5 Millionen das Land
14 verlassen. 2 Millionen Kinder leiden an Unterernährung. Die Nachbarländer tun ihr Möglichstes.
15 Jordanien z.B. hat weit mehr als eine halbe Million Flüchtlinge aufgenommen, die Syrien
16 verlassen haben, nachdem ihre Heimatorte monatelang bombardiert wurden.
17 Das deutsche Aufnahmekontingent für syrische Bürgerkriegs-flüchtlinge von zwei mal 5000
18 Personen ist erschöpft. In Deutschland leben 50-60 000 Syrer, dazu kommen deutsche
19 Staatsbürger syrischer Herkunft. Sie konnten die Aufnahme von Verwandten beantragen, wenn
20 sie in der Lage sind, für deren Unterhalt und Krankenversicherung zu sorgen. Die Anzahl ihrer
21 Anträge für die Aufnahme von Flüchtlingen liegt bei über 50 000. In Hessen gibt es mit etwa
22 5000 Anmeldungen sogar knapp 20 Mal so viele Bewerber wie freie Plätze.
23 Die SPD hat sich bisher zurückgehalten mit Initiativen, sie sollte sehr schnell aktiv werden auf
24 Bundes- wie auf Länderebene und unbürokratische Aufnahmewege schaffen - besonders für
25 Kinder, für Menschen, die aus religiösen Gründen verfolgt werden wie z.B. für Christen, aber
26 auch manche muslimischen Gruppen, sowie für Menschen, deren Verletzungen und
27 Krankheiten in den Flüchtlingslagern nicht ausreichend behandelt werden können.

28
29

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf**

Antrag: IR 10

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Schlachtungsrecht ändern. Würde der Tiere stärken.

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Wir fordern ein totales Verbot betäubungsfreier Schlachtungen. Hier ist eine Streichung von §4a
2 Abs. 2 Nr.2 & 3 des TierSchG vorzunehmen. Des Weiteren muss der Import von Fleisch aus
3 solchen Schlachtpraktiken ausnahmslos verboten werden und die Kontrollen von Transporten
4 und in Schlachtbetrieben müssen verstärkt werden. Zudem sollen auch kommerzielle
5 Schlachtungen strenger kontrolliert werden.

6
7

8 Begründung:

9

10 Das betäubungsfreie Schlachten ist grausam und zudem widerspricht es jeglicher Ethik und
11 Moral. Das Schlachten ohne Betäubung ist in einer modernen Gesellschaft schlichtweg nicht
12 hinnehmbar.

13 Das Leid, der Schmerz und die Angst der Tiere sollte für alle mündigen Menschen Grund genug
14 sein, diese Praktiken abzulehnen und zu verbieten.

15

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Antrag: O 2

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Änderung der Wahlordnung der SPD

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Änderung der Wahlordnung der SPD:

3
4 *In der Wahlordnung der SPD wird in § 8 Absatz 2 als letzter Satz eingefügt:*
5 Abweichend von dieser Regelung können Bezirkssatzungen und Unterbezirksstatute ein
6 anderes Wahlverfahren zur Mindestabsicherung von Frauen und Männern in Funktionen der
7 Partei vorsehen.

8
9
10 Begründung:

11
12 Der Antrag hat das Ziel, Listenwahlen zu vereinfachen, indem die Notwendigkeit eines 2.
13 Wahlganges reduziert wird. Nach der aktuellen Regelung wird ein 2. Wahlgang zwingend
14 notwendig, wenn im 1. Wahlgang nicht die Mindestquote von 40 % für ein Geschlecht erreicht
15 wird.

16 Der Antrag will es den Untergliederungen wieder ermöglichen, durch eigene
17 Satzungsregelungen dafür zu sorgen, dass die Quotierung auch dadurch erreicht wird, dass
18 Angehörige des unterrepräsentierten Geschlechtes automatisch nach Stimmenanzahl vor den
19 weiteren Angehörigen des überrepräsentierten Geschlechtes platziert werden. Damit entfiere für
20 diesen Fall der 2. Wahlgang. Gerade die Delegiertenwahlen in den Unterbezirken sind mit
21 einem erheblichen organisatorischen und zeitlichen Aufwand verbunden, der im Falle eines
22 zusätzlichen Wahlganges die inhaltlichen Beratungen eines Parteitages noch weiter verzögert.
23 Der Antrag wurde beim SPD-Bundesparteitag 2013 gestellt. Der Antrag wurde beim
24 Bundesparteitag nicht behandelt, da der nächste Parteitag sich ausführlich mit den Erfahrungen
25 mit der Organisationsreform beschäftigen wird. Um den Antrag bei diesem Bundesparteitag
26 wieder zu stellen, ist eine erneute Beschlussfassung notwendig.

- 27
28
29
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

Initiativresolution: 6

Antragsteller: Die Resolution wurde ausreichend unterstützt.

Adressat: Geschäftsführung der Firma Johnson Controls

Betr.: Stellenabbau bei der Firma Johnson Controls

Der Bezirksparteitag möge beschloss:

- 1 **Resolution gegen den Stellenabbau bei der Firma Johnson Controls am Standort**
2 **Dautphetal-Friedensdorf**
3
4 Der Bezirksparteitag spricht sich ausdrücklich gegen den geplanten Stellenabbau der Firma
5 Johnson-Controls am Standort Dautphetal-Friedensdorf aus, der keine zukunftssichernde
6 Maßnahme für die Mitarbeiter in der Region darstellt. Wir fordern die Geschäftsführung auf, das
7 bisherige Konzept des Stellenabbaus von mehr als 480 Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen zu
8 überdenken und ein zukunftsfähiges Konzept anzubieten, welches den Betrieb des Standortes
9 unter den zugesagten Prämissen garantiert. Es gilt gemeinsam mit den
10 Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen für eine Zukunft des Standortes zu kämpfen und mit der Region
11 gemeinsam das Werk zu erhalten.
12
13
14
15
16

- angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
10. Mai 2014
Stadtallendorf

<u>Resolution:</u>	R 1
<u>Antragsteller:</u>	Juso-Bezirkskonferenz
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksvorstand, SPD-Landtagsfraktion
<u>Betr.:</u>	Landwirtschaftspolitik neu denken – ökologisch, nachhaltig und vor allem sozial!

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 **Landwirtschaftspolitik neu denken – ökologisch, nachhaltig und vor allem sozial!**

2 Die Landwirtschaft ist weiter ein wichtiger Sektor unserer Wirtschaft, vor allem in ländlich
3 geprägten Gegenden. Sie zu gestalten gibt die Chance unsere Welt ökologischer, nachhaltiger,
4 fairer und sozialer zu gestalten. Daher wollen wir Landwirtschaftspolitik neu denken und ihr
5 Potenzial für eine bessere Welt nutzen.

6
7 **Tierhaltung und Tierschutz**

8 Die heute genutzten Legehennen sind nur auf Legeleistung gezüchtet und setzen weniger und
9 langsamer Fleisch an. Weil Hähne keine Eier legen können, werden die männlichen Küken
10 direkt nach dem Schlupf getötet, in der Regel durch Vergasen oder Schreddern. Mögliche
11 Alternativen sind die Hähne zu mästen und die geringen Erlöse durch hohe Preise für die Eier
12 aus zu gleichen (Geschwisterküken Projekt). Z.B. Auf 14 Betrieben in Mecklenburg-
13 Vorpommern werden die männlichen Tiere gemästet und nach 17 Wochen geschlachtet, die
14 Eier der Schwestern werden dadurch 3 Cent teurer (Die Welt 21.08.2012). Außerdem können
15 Zweinutzungsrasen eingesetzt werden, bei diesen Rassen dienen die weiblichen Tiere zu
16 Eierproduktion und ihre Brüder zur Mast, hier für eignen sich beispielsweise alte Rassen (br
17 Abendschau 28.10.2013). Inzwischen besteht die Möglichkeit vor der künstlichen Befruchtung
18 bei Rindern das Sperma so zu behandeln, dass nur noch weibliche Kälber geboren werden.
19 Diese Praxis überschreitet ethische Grenzen, der Mensch entscheidet hier aktiv welches
20 Geschlecht zu Welt kommt.

21
22 **Wir fordern**

- 23 - Solche Projekte (bspw. Geschwisterküken-Projekt) sind zu fördern.
24 - Vermehrt auf Zweifachnutzung zu züchten
25 - Das Sexen zu verbieten

26
27 Männliche Ferkel werden in der Regel wenige Tage nach der Geburt kastriert, Fleisch von
28 unkastrierten Ebern hat einen unangenehmen Geschmack und lässt sich kaum vermarkten.
29 Außerdem müssten die Tiere sonst von den Weibchen getrennt werden und sind aggressiver.
30 Die Kastration wird auf konventionellen Betrieben in der Regel ohne Betäubung durchgeführt,
31 das ist mit großen Schmerzen für die Tiere verbunden. An den Tieren werden zudem andere
32 Eingriffe durchgeführt. Schweinen werden die Schwänze gekürzt und Hühnern die Schnäbel.
33 Beides sind Körperteile, die schmerzempfindlich sind. Die Eingriffe sind nur notwendig, weil die
34 Haltungsbedingungen schlecht sind. Hühner reißen sich gegenseitig die Federn aus, weil ihr
35 Bedürfnis zu picken und zu scharren nicht befriedigt wird und es an Beschäftigung fehlt.
36 Ähnliches gilt für Schweine, die intelligenten Tiere beißen sich aus Langeweile gegenseitig in
37 die Schwänze. Die Tiere haben oft sehr wenig Platz. Die Tiere können sich nicht aus dem Weg

38 gehen. Vor einigen Jahren wurde die Käfighaltung für Legehennen abgeschafft, aus Angst vor
39 der Vogelgrippe wurde der Ausgestallterkäfig bzw. die Kleingruppenhaltung eingeführt, das
40 Platzangebot und die Lebensqualität wurden nicht erhöht. Kälber werden einige Wochen nach
41 der Geburt, durch ausbrennen der Hornansätze enthornt. Meistens ohne Betäubung.

- 42
43 **Wir fordern**
- 44 - Das Kürzen von Schnäbeln und Schwänzen zu verbieten.
 - 45 - Den Tieren sind alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu verfügen zustellen, dazu
46 gehört zum Beispiel Einstreumaterial, Strohballen, Kauketten, Bälle Raufutter (Silage,
47 Heu) und Körner zum picken.
 - 48 - Eine Betäubungspflicht bei Kastrationen und Enthornungen einzuführen
 - 49 - Das Mindestplatzangebot zu erhöhen. Zur Orientierung kann die EU-Ökoverordnung
50 dienen.
 - 51 - Die Haltungsform Kleingruppenhaltung/ausgestalteter Käfig bei Legehennen ist ersatzlos
52 abzuschaffen.

53
54 Die meisten in der modernen Nutztierhaltung eingesetzten Tiere gehören zu wenigen
55 Hochleistungsrassen. Alte Rassen werden zunehmend verdrängt, diese haben oft einige
56 Vorteile z.B. eignen sie sich als Zweinutzungsrassen und kommen besser mit den Bedingung
57 der ökologische Landwirtschaft aus, als Hochleistungsrassen. Sie können dazu dienen den
58 engen Genpool der heute genutzten Rassen zu erweitern. Außerdem haben sie einen gewissen
59 kulturellen Wert, da sie schon lange genutzt werden.

- 60
61 **Wir fordern**
- 62 - Die Haltung und die Zucht alter Rassen zu fördern.
 - 63 - Zunehmend auch Zweinutzungsrassen zu nutzen

64
65 In der konventionellen Tierhaltung ist es teilweise üblich die Tiere ohne Einstreu zu halten.
66 Einstreu erhöht den Liegekomfort. Bei großen Tieren wie Rindern verursacht das Ablegen auf
67 harten Boden große Schmerzen. Der Lebensraum der Vorfahren unserer Nutztiere hatte in der
68 Regel ebenfalls einen weichen Untergrund und war rutschfest. Zum Beispiel fällt es Rindern
69 schwer sich auf Spalten- oder planbefestigten Boden zu kratzen, weil sie wegrutschen.
70 Außerdem kann das Einstreumaterial zur Beschäftigung dienen. Um die Tiere auch bei großem
71 Tierbesatz gesund zu halten, wird im großen Maß Antibiotika eingesetzt. Der Einsatz erfolgt
72 zum Teil prophylaktisch. Sind Einzeltiere erkrankt wird der gesamte Bestand behandelt. Das
73 Medikament wird ins Futter oder Trinkwasser gemischt. Zum Teil wird es auch als
74 Wachstumsförderer eingesetzt. Der hohe und nicht gerichtete Antibiotikaeinsatz führt zur
75 Ausbildung von Resistenzen. Die Bakterien lassen sich nicht mehr durch Antibiotika behandelt,
76 das führt zu großen Problemen in der Tier- und Humanmedizinen.

- 77
78 **Wir fordern**
- 79 - verpflichtend ein Teil des Stalles eingestreut werden muss. Die Einstreu muss sauber
80 gehalten werden und ein bequemes Abliegen ermöglichen
 - 81 - den Antibiotikaeinsatz einzuschränken.
 - 82 - Die Behandlung muss nach Möglichkeit zielgerichtet durchgeführt werden.
 - 83 - Der Einsatz als Wachstumsförderer ohne Krankheitsanzeichen zu verbieten.
 - 84 - Diese Gesetze müssen durch eine unabhängige Institution überwacht werden.

85
86 **Pflanzenbau und Naturschutz**

87 Laut dem Statistischem Bundesamt lag die Maisanbaufläche bei 2.036.800 ha
88 (<http://de.statista.com> Stand 18.01.14). Mais bringt einige Probleme mit sich, die Flächen liegen
89 einen großen Teil des Jahres brach. Der Boden wird nicht mehr von Wurzeln gehalten und wird
90 abgetragen (Erosion). Der fruchtbare Oberboden (A-Horizont) geht unwiederbringlich verloren
91 und die Fläche ist im extrem Fall nicht mehr für die Landwirtschaft geeignet. Mais ist eine
92 Humus zehrende Kultur, Humus stabilisiert den Boden und trägt zu Bodenfruchtbarkeit bei.
93 Außerdem werden durch Monokulturen, nicht nur Mais, Krankheiten gefördert. Durch geringe

94 genetische Vielfalt wird dieser Prozess noch verstärkt. Und die erforderliche Menge an
95 Pflanzenschutzmitteln erhöht. Durch den Einsatz von Insektiziden werden alle Insekten
96 geschädigt, darunter auch seltene Arten und Nützlinge wie Bienen. Mittel wie Glyphosat werden
97 zudem teilweise genutzt, um die Erntereife von Nutzpflanzen vorzuziehen. Damit geht eine
98 unnötige Schädigung des Bodens und Belastung der Endprodukte einher. Die heutige
99 Landwirtschaft bietet kaum Platz für wilde Tiere und Pflanzen. Die Landschaft besteht aus
100 riesigen Offenlandschaften in der sich, bis auf Raps keine blühenden Pflanzen finden lassen.
101 Durch das Pflanzen von Hecken können Rückzugsplätze geschaffen werden, Blühstreifen und
102 Leguminosengrasgemenge dienen als Nahrung für Insekten. Hecken dienen zusätzlich als
103 Erosionsschutz, weil sie den Wind abfangen. Bei den Kulturpflanzen sind nur wenige Sorten
104 von Bedeutung, durch den engen genetischen Pool werden Krankheiten gefördert, weil die
105 Pflanzen für die selben Krankheitserregerstämme anfällig sind. Besonders in den Gebieten mit
106 einem hohen Tierbesatz, wie zum Beispiel Niedersachsen, kommt es zu Überdüngung. Obwohl
107 schon Gülle im ausreichenden Maße ausgebracht wurde, wird zusätzlich mit Mineraldünger
108 gedüngt. Die überschüssigen Nährstoffe werden ausgewaschen. Das führt zu einer hohen
109 Nitratbelastung des Trinkwassers. Außerdem werden die Flüsse und Meere gedüngt, was zu
110 einem extremen Algenwachstum führt. In kleinem Maßstab gibt es auch in Deutschland
111 biologisch-vegane Höfe. Da allerdings die konventionelle Landwirtschaft mit viel Düngemittel
112 sowie Tierfabriken sehr dominant ist, wird in diesem wichtigen Bereich einer neuen
113 Landwirtschaft wenig geforscht, wodurch die Anwendungsmöglichkeiten künstlich begrenzt
114 werden. Wir wollen eine intensivere Forschung in diesem Bereich unterstützen.

- 115
116 **Wir fordern:**
- 117 - Eine Pflicht zum Einhalten einer Fruchtfolge einzuführen und die gleichzeitige Nutzung
118 von mehreren Feldfrüchten in einem Betrieb zu fördern
 - 119 - Die Nutzung von Sortenmischungen und Resistenzvielfalt zu fördern
 - 120 - Maßnahmen zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und Humusaufbau, wie den
121 Zwischenfruchtanbau zu fördern
 - 122 - Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu beschränken, insbesondere den Einsatz von
123 Glyphosat
 - 124 - Das auf die Flächen nur die Menge an Nährstoffen ausgebracht werden dürfen, die auch
125 entzogen wurden.
 - 126 - Die Förderung für Agrar- Umwelt Maßnahmen auszubauen
 - 127 - Wildwuchsstreifen am Rande von Ackern ausweiten
 - 128 - Eine Professur für pflanzliche Landwirtschaft soll am Fachbereich Agrarwissenschaften
129 der Universität Kassel in Witzenhausen eingerichtet werden

130
131 **Energie, Ernährung und Welthandel**

132 Für die Versorgung von landwirtschaftlich genutzten Tieren werden große Mengen Futter
133 importiert. Laut Bauernverband (2012 <http://www.bauernverband.de>) waren es 2009-2011 in der
134 EU durchschnittlich 32 Mio. t Futtermittel (ohne Getreide), davon 22-23 Mio. t Soja, meist aus
135 Brasilien. Nach Deutschland kamen 6,6 Mio. t, angebaut auf 1,8 Mio. ha, das entspricht 10%
136 der deutschen Nutzfläche (Wiesen, Weiden und Felder). Für den Anbau wurden große Flächen
137 Regenwald gerodet und Menschen umgesiedelt. Durch den Handel kommt es auch zu einem
138 enormen Entzug von Nährstoffen dort und einen Überschuss hier. Zudem ist ein großer Teil des
139 Sojas gentechnisch verändert. Die Risiken der Gentechnik sind nicht abzuschätzen. Die
140 Gentechniklobby argumentiert zwar, dass es in den USA, wo gentechnisch veränderte
141 Lebensmittel zugelassen sind, keine Krankheitsfälle gibt. Allerdings gab es bei diesem
142 „Versuch“ keine Versuchsgruppen und keine vernünftige Auswertung. Gentechnisch veränderte
143 Pollen breiten sich unkontrolliert aus. Es ist bereits zu Auskreuzungen gekommen und es
144 wurden veränderte Gene auch dort gefunden, wo sie nicht ausgesät wurden. In diesen Fällen
145 mussten betroffene Landwirte teilweise Strafen zahlen, weil sie die Pflanzen ohne
146 Genehmigung „angepflanzt“ haben. Die Ziele der Gentechnik wurden nicht erreicht. Die
147 Ernährungssituation in den sogenannten Entwicklungsländern wurde nicht verbessert. Zwar
148 sollte durch „golden Rice“ die Vitamin-A- Versorgung verbessert werden, allerdings ist durch die
149 schlechte Ernährungssituation die Vitaminaufnahme reduziert, Vitamin A ist ein fettlösliches

150 Vitamin. Außerdem würde der Bedarf auch durch den Verzehr von ungeschältem Reis gedeckt
151 werden, dieser ist aber wenig beliebt. In Indien wurden Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ihrer
152 Existenz beraubt. Sie hatten in gentechnisch veränderte Baumwolle investiert, die in Indien
153 nicht wuchs und deren Wiederaussaat verboten wurde. Eine weitere gentechnische
154 Veränderung war das Einbringen des Bt-Toxins in die Pflanzengenetik, dadurch besteht die
155 Gefahr das Insekten gegen Bt-resistent werden und bt als, auch im ökologischen Landbau
156 zugelassenes, Insektizid unwirksam wird. Durch Gentechnik steigt der Einfluss der großen
157 Agrarkonzerne. Die Firma Monsanto entwickelte Pflanzen, z.B. Soja und Raps, die gegen ihr
158 total Herbizid round up resistant sind (round up ready), dadurch sollte der Herbizideinsatz
159 reduziert werden, in der Realität ist er gestiegen. 2012 wurden 962.000 ha für den Anbau von
160 Energiepflanzen, überwiegend Mais, für Biogasanlagen genutzt, das sind etwa 5,7% der
161 gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Außerdem werden für Agrarsprit große Mengen an
162 Palmöl importiert, auch hierfür wird Regenwald gerodet und indigen Völker werden vertrieben.
163 Würden sich 9 Milliarden so ernähren wie die Menschen in den Industriestaaten, bräuchten wir
164 noch eine zweite Erde, die wir nicht haben. In China wollen und können sich immer mehr
165 Menschen so ernähren wie hier. Die USA und die EU planen gerade ein
166 Freihandelsabkommen. Dadurch könnten gentechnischveränderte Lebensmittel, Fleisch von
167 geklonten Tieren, im Chlorbad gereinigte Hähnchen und ähnliche in den USA zu gelassene
168 Lebensmittel in die EU gelangen. Der Bundesfinanzhof entschied 2006 (V R 49/04) das
169 Sojamilch, Hafermilch, Reismilch etc. mit dem regulären MwSt-Satz besteuert werden muss.
170 Dies wird auch noch u.a. begründet mit "[...] Absatzmöglichkeiten für Milcherzeugnisse zu
171 erweitern, zu erreichen, während eine Steuerermäßigung für Milchersatzprodukte dem
172 entgegenwirken würde [...]". Auch darf Sojamilch nicht als Sojamilch etc. verkauft werden. Die
173 künstliche Abwertung der "Alternativ"-Getränke ist besonders bedauerlich, da diese vielfältige
174 Vorteile in den Bereichen Tiere, Gesundheit und Ökologie haben. Auch wir sehen uns in der
175 praktischen Umsetzung in einer gewissen Vorbildfunktion. Umdenken beginnt bei uns.
176 Die Erforschung von Vorteilen und Risiken einer pflanzlich betonten Ernährung müssen
177 wissenschaftlich weiter ausgearbeitet werden.

178

179 **Wir fordern**

- 180 - Den Import von Futtermitteln zu reduzieren
- 181 - Projekte für den Anbau von heimischen Eiweißpflanzen, z.B. Lupinen, zu fördern
- 182 - Den Import von gentechnischen Pflanzen, auch als Futter zu verbieten
- 183 - Den Anbau von gentechnischen Pflanzen, auch Freisetzungsversuche, zu verbieten
- 184 - In der geplanten Reform des EEG den Einsatz von Mais und anderen nachwachsenden
185 Rohstoffen weiter zu beschränken bzw. nicht weiter zu fördern
- 186 - Den Import von Palmöl zu reduzieren
- 187 - Milchprodukte aus Soja, Hafer, Reis mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu
188 besteuern. Sie müssen unter den Bezeichnungen "Sojamilch, Hafermilch, Reismilch"
189 vermarktet werden dürfen.
- 190 - Über die Folgen des Tierkonsums aufzuklären und diesen dadurch einzuschränken
- 191 - In Kantinen und Mensen immer eine vegane Alternative anzubieten.
- 192 - In den Kantinen des Landes, der Landesbetriebe, der Kommunen und der kommunalen
193 Betriebe ist das pflanzliche Angebot massiv auszubauen. Der Nicht-Konsum von Tieren
194 ist der beste Tierschutz
- 195 - Bei SPD-Veranstaltungen soll es ein gutes pflanzliches Essensangebot geben. Bei der
196 Anmeldung zu Veranstaltungen von SPD ist anzugeben, ob die Teilnehmenden ein
197 vegetarisches, veganes oder ein fleischhaltiges Verpflegungsangebot haben möchten.
- 198 - Dem geplanten Freihandelsabkommen nicht zuzustimmen
- 199 - Einrichtung einer Professur für pflanzliche Ernährung an der Universität Gießen, die
200 durch die räumliche Nähe zum Institut für alternative Ernährung (IFANE) dazu beitragen
201 könnte, die ernährungswissenschaftliche Kompetenz der pflanzlichen Ernährung in
202 Hessen zu stärken

203

204

205

206 **Lebensbedingungen von LandwirtInnen verbessern**

207 Im Primärsektor, also der Landwirtschaft, arbeiteten 2012 nur noch 1,6% der Erwerbstätigen.
208 Aufgrund von stetigen Innovationen, Optimierungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen ist
209 der ehemals dominierende Primärsektor nun nach Industrie- und Dienstleistungssektor der
210 kleinste. Trotz allem sind die landwirtschaftlichen Betriebe gerade in ländlichen Regionen, wie
211 bei uns in Nordhessen, ein wichtiger Arbeitgeber. Daher setzen wir JungsozialistInnen uns
212 dafür ein, dass Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, angemessen entlohnt werden und
213 in guten Arbeitsbedingungen arbeiten.

214 Die Umsatzentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe ist laut dem Situationsbericht des
215 deutschen Bauernverbandes positiv. Vor allem Ackerbaubetriebe, Obstanbau und ökologisch
216 geführte Betriebe haben einen höheren Umsatz zu verbuchen. Weiter auf Talfahrt befinden sich
217 die Milchbetriebe und Rinderbetriebe. Die abnehmenden Umsätze erschweren das Überleben
218 von Milch- und Rinderbetrieben. Dabei ist nicht der sinkenden Absatz, sondern der harte
219 Preiskampf an den Umsatzeinbußen schuld. Die Folge sind weitere Optimierungen zu Lasten
220 des Tierwohls. Hier ist die deutsche und europäische Landwirtschaftspolitik gefordert.

221 Die zunehmende Umstellung auf erneuerbare Energie ist für die Landwirte ein Fluch und ein
222 Segen zugleich. 72.900 Megawatt, das sind 11% des erneuerbar hergestellten Stroms, erfolgt
223 über die Landwirtschaft. Vor allem im Bereich der Biogasherstellung sind die
224 Landwirtschaftsbetriebe aktiv. Zugleich sind die steigenden Strompreise das große Sorgenkind
225 der Landwirte, so der Situationsbericht. Die Zukunftsbranche der erneuerbaren Energie muss
226 innerhalb der Landwirtschaft weiter gefördert und der dezentrale Gedanke gelebt werden.
227 Gleichzeitig kann die Reduzierung des Strompreises ein wichtiges politisches Instrumentarium
228 für die Umsetzung von ökologischen oder tierethischen Verbesserungen sein.

229 Die Landwirtschaft hat ein eigenes Sozialversicherungssystem, das 2013 in die
230 Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forst und Gartenbau aufgegangen ist (SVLFG). Sitz der
231 Behörde ist Kassel. Die SVLFG ist sowohl Berufsgenossenschaft (also Unfallversicherung),
232 Rentenversicherung (AdL – Alterssicherung der Landwirte), Krankenkasse wie auch
233 Pflegeversicherung. Die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist demokratisch organisiert und
234 muss erhalten bleiben. In einigen Bereichen gibt es jedoch Verbesserungsbedarf, etwa in der
235 Altersvorsorge. Die ohnehin sehr niedrige Rente ist in den letzten Jahren gesunken. Der Bund
236 unterstützt mit einem Beitragszuschuss die Renteneinzahlung. Der dafür vorgesehene
237 Schwellenbeitrag für die Bezuschussung wurde jedoch seit 1995 nicht erhöht. Eine
238 entsprechende Initiative des Bundesrates zur Erhöhung der Schwelle ist daher zu unterstützen.

239 **Wir fordern:**

- 240 - Den Mindestlohn auch für Saisonarbeitskräfte und Aushilfskräfte
- 241 - Politische Förderung der genossenschaftlichen Landwirtschaft
- 242 - Die Energieumlage für Betriebe auszusetzen, die einen Mindeststandard an Tierhaltung
243 und ökologischen Landwirtschaft einhalten
- 244 - Den Schwellenbeitrag für die AdL nach fast 20 Jahren wieder zu erhöhen

245

246 **Europäische Agrarpolitik weiterentwickeln**

247 Der größte Posten des EU-Haushaltes sind die Agrarsubventionen. Für die Förderperiode 2014
248 bis 2020 wurde als Leitprinzipien für die Agrarsubventionen ausreichende Nahrungsproduktion,
249 Umwelt- und Klimaschutz sowie die Förderung von ländlichen Betrieben. Diese Zielsetzungen
250 begrüßen wir als Jungsozialisten.

251 **Jedoch fordern wir:**

- 252 - Die Förderung stärker auf Greening (ökologische Auflagen) auszurichten sowie vermehrt
253 die angestellten Arbeitskräfte zu berücksichtigen und somit die soziale Komponente der
254 Förderung stärken
- 255 - Deckelung von Direktzahlungen auf niedrigerem Niveau, um vor allem kleiner Betriebe
256 zu fördern
- 257 - Stärkung der Komponente Ländliche Entwicklung
- 258 - Klare Fruchtfolgenbindung an die Direktzahlungen knüpfen
- 259 - Das die Subventionierung nicht weiter für den günstigen Export von Nahrungsmittel
260 verwendet werden darf. So werden Agrarstrukturen in ärmeren Ländern zerstört

261 - Stattdessen sollen EU-Mittel verstärkt zur Förderung des Tierschutzes aufgewendet
262 werden, z.B. im Sinne der Förderung des ländlichen Raumes

263
264 Auch wenn es genügend Kritikpunkte an den EU-Agrarsubventionen gibt, wollen wir sie nicht
265 abschaffen, sondern als Instrument für eine bessere Landwirtschaft einsetzen. Nicht zuletzt sind
266 die Subventionen auch ein Stück Sozialpolitik. Ohne die Unterstützung der EU würden viele
267 Höfe aufgegeben werden und der ländliche Raum weiter geschwächt werden.

268
269

270 **Begründung:**

271
272

erfolgt mündlich.

273

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an